

Engagement für Stahl

Jahresbericht
2018 | 2019



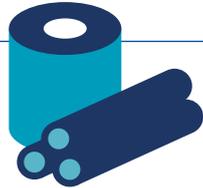
 **Stahl**

Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Fakten

2018 | 2019

Im Jahr 2018 erzeugten die Stahlunternehmen in Deutschland



42,4 Millionen Tonnen Rohstahl.

Damit ist die Branche Spitzenreiter in der EU und steht auf Platz 7 in der Welt.

Deutschland exportiert knapp

35 Millionen Tonnen Walzstahl

in Form von stahlhaltigen Gütern wie Autos und Maschinen ins Ausland.



Die Stahlindustrie deckt **fast die Hälfte** ihres gesamten Strombedarfs nachhaltig mit eigenerzeugtem Strom.

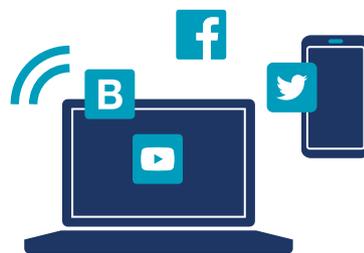
Ein Drittel

des CO₂-Ausstoßes der Stahlindustrie wird durch Recycling vermieden.



179,3 kg

Stahl werden pro Kopf jährlich für den Konsum in Deutschlands Haushalten benötigt.

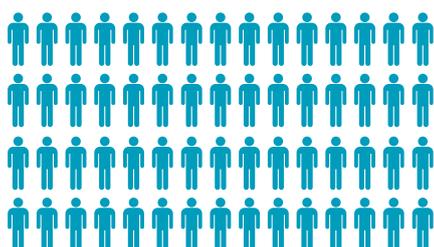


Mehr als 26.000 Nutzer

informieren sich regelmäßig in den Social-Media-Kanälen der Wirtschaftsvereinigung Stahl über die Stahlindustrie in Deutschland.

13 innovative Projekte

in 5 Kategorien wurden im Juni 2018 beim Berliner Stahldialog mit dem Stahl-Innovationspreis ausgezeichnet.



Über 2.000 Gäste

waren zum Ersten Nationalen Stahlgipfel nach Saarbrücken gekommen.

Engagement für Stahl



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Publikation informiert die Wirtschaftsvereinigung Stahl über die Positionen und Initiativen, mit denen sie die Interessen der Stahlindustrie in Deutschland gegenüber Politik und Gesellschaft vertritt. Die Vielfalt der Themen, mit denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WV Stahl täglich beschäftigen, findet sich auf den insgesamt 40 Seiten des Berichts wieder. Für weiterführende Informationen stehen Ihnen unsere Experten gerne zur Verfügung.

Auch 2019 bleibt die Situation für die Stahlindustrie in Deutschland herausfordernd: Die Entwicklungen in der Außenhandelspolitik, allen voran die Folgen der Abschottung des US-Stahlmarktes durch pauschale Zölle sowie der zunehmend politische und gesellschaftliche Ruf nach mehr Klimaschutz sind nur zwei zentrale Themen für die Branche. Dass das Mandat des Globalen Forums zu Stahlüberkapazitäten im Herbst 2019 droht, nicht verlängert zu werden, lässt befürchten, dass die strukturelle Krise in der globalen Stahlindustrie weiter ungeklärt bleibt.

Trotz aller Schwierigkeiten machen sich die Stahlunternehmen auf den Weg, um einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele zu leisten. Verschiedene Verfahren dazu befinden sich mittlerweile in der Entwicklung oder Umsetzung. Klar ist, ohne entsprechende politische Rahmenbedingungen wird Stahl in Zukunft in Deutschland nicht wettbewerbsfähig produziert werden können.

Dass die Kreislaufführung von Stahl ein weiterer Baustein für den Klimaschutz ist und zudem für den privaten Konsum unverzichtbar ist, hat eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) ermittelt. Ein interessantes Ergebnis: Der jährliche Stahlbedarf für Deutschlands Haushalte pro Kopf beträgt rund 180 kg pro Jahr.

Neben den politischen und öffentlichen Debatten bieten auch wichtige Ereignisse wie Wahlen die Chance, die Positionen der Stahlindustrie zu verdeutlichen. So haben wir die Europawahl im Mai 2019 genutzt, um die Forderungen

unserer Branche im deutschen wie europäischen Umfeld hervorzuheben. Auch Veranstaltungen wie Parteitage oder Kongresse bleiben weiterhin wichtig, um die Positionen der Stahlindustrie zu diskutieren und den Austausch mit Entscheidern aufrecht zu erhalten.

Über diese und weitere Ereignisse in den Jahren 2018/2019 berichten wir in „Engagement für Stahl“.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl

Engagement für Stahl

Jahresbericht 2018 | 2019

- 2** Auf einen Blick
- 3** Editorial
- 4** Inhalt
- 6** Politische Themenschwerpunkte
- 8** Zeit für Industriepolitik
- 10** Außenhandelspolitik unter neuen Vorzeichen
- 14** Klimaschutzgesetz darf nicht zu Doppelbelastungen führen
- 20** Umweltschutz Tagesgeschäft für die Stahlindustrie
- 24** Stahl als Wegbereiter der Kreislaufwirtschaft
- 26** Umfassende Förderung ist unverzichtbar
- 28** Bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur gefordert
- 30** EU-Beihilferecht Eine Gratwanderung der Politik und Industrie
- 31** Fachkräfte in Zeiten zunehmender Digitalisierung
- 32** Highlights 2018/2019
- 34** Berliner Stahldialog Industriepolitische Perspektive für Europa
- 36** Kommunikation auf allen Kanälen
- 37** Wirtschaftsvereinigung Stahl Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland
- 38** Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Impressum

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
Deutschland
Tel. +49 211 6707-0
info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Redaktion:

Kommunikation, Wirtschaftsvereinigung Stahl

Layout, typesetting:

etcetera Werbeagentur, Aachen

Foto Titelseite:

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Copyright:

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Düsseldorf, November 2019



8

Zeit für
Industriepolitik

© iStock.com/Nikaria



10

Außenhandels-
politik unter
neuen Vorzeichen

© iStock.com/kokouu



14

Klimaschutzgesetz
darf nicht zu
Doppelbelastungen
führen

© iStock.com/silkwayrain



20

Umweltschutz
Tagesgeschäft für
die Stahlindustrie

© iStock.com/DmitriMaruta



24

Stahl als
Wegbereiter der
Kreislaufwirtschaft

© iStock.com/photika



28

Bedarfsgerechte
Verkehrsinfra-
struktur gefordert

© iStock.com/ClaraNila

Rahmenbedingungen sichern +++ Level Playing Field schaffen

Politische Themen 2018 | 2019

Diese Themen haben die Wirtschaftsvereinigung Stahl besonders beschäftigt.

Globaler Stahlmarkt

- › Globale Stahlnachfrage
- › Industriepolitische Entwicklungen in wichtigen Stahlregionen
- › Protektionismus
- › Verschiebungen der internationalen Handelsströme
- › Globales Stahlforum



Außenhandelspolitik

- › USA: Section 232
- › Handelsschutzinstrumente
- › EU-Safeguards
- › Öffentliche Beschaffung
- › Brexit



Verkehr und Infrastruktur

- › Logistikengpässe
- › Sanierungsstau
- › Modernisierung des Schienengüterverkehrs
- › Einzelwagenverkehr



Recht und Steuerpolitik

- › Unternehmenssanktionen
- › Climate Protection Litigation
- › Unternehmenssteuerreform
- › Reform für Beihilfeleitlinien



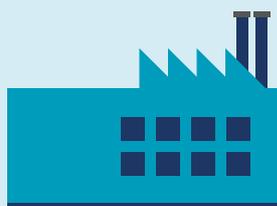
Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik

- › Digitalisierung und Qualifizierung 4.0
- › Fachkräftesicherung
- › Forschungsprojekt ESSA
- › Arbeitsschutzpolitik

+++ Protektionismus entgegentreten +++ Schutz vor Carbon Leakage gewährleisten

Nationale / Europäische Industriestrategie

- > Standortpolitik
- > Schaffung eines Level Playing Field
- > New Green Deal
- > Unterstützung der Transformation der Prozessindustrien
- > Politische Wasserstoffstrategie



Klimapolitik

- > Nationales Klimaschutzgesetz
- > CO₂-Bepreisung und Brennstoffemissionshandel
- > CO₂-arme Stahlerzeugung

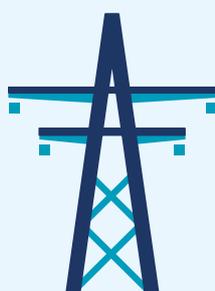
Emissionshandelssystem (ETS)

- > Zuteilungsregeln und Benchmarks
- > Strompreiskompensation
- > Border Adjustment



Energiepolitik

- > Erneuerbare-Energien-Gesetz
- > Ausstieg aus der Kohleverstromung
- > Energiesteuerspitzenausgleich
- > EU-Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien



Umweltpolitik

- > Luftreinhaltung / Störfallschutz
- > Kreislaufwirtschaft und Produktpolitik
- > Nachhaltige Finanzierung
- > Stoffpolitik / Chemikalienrecht
- > Beste Verfügbare Technik (BVT)
- > Umweltpolitische Normung
- > Gewässer-/Boden-/ Strahlenschutz



Forschungs- und Innovationspolitik

- > Horizon Europe, Clean Steel, SPIRE, IPCEI
- > Forschungszulagengesetz
- > Initiative Leichtbau



Circular Economy

- > Multi-Recycling
- > 4R-Konzept





Zeit für Industriepolitik

Mit dem Entwurf einer Nationalen Industriestrategie (NIS) 2030 hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Februar dieses Jahres eine breite Debatte angestoßen. Diese spiegelt wider, dass sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie in den letzten Jahren gravierend verschoben haben. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen insbesondere im internationalen Handel, aber auch durch tiefgreifende technologische Veränderungen, hat Bundesminister Altmaier eine aktive Industriestrategie empfohlen, die nicht nur einen Rahmen setzt, sondern darüber hinaus auch aktiv stärker fördern und schützen will.

Nach einer kontrovers geführten Debatte hat die Industriestrategie in den letzten Monaten Veränderungen erfahren. Das genaue Ergebnis ist noch nicht bekannt, das finale Papier steht jedoch kurz vor der Veröffentlichung. Von ihm sind auch wichtige Impulse für die europäische Debatte zu erwarten. Vorschläge für eine europäische Industriestrategie wird die Europäische Kommission vermutlich im ersten Quartal 2020 vorlegen.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) hat die Initiative von Bundesminister Altmaier von Anfang an begrüßt und sieht eine Neujustierung der Industriepolitik sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene als dringend notwendig an. Dabei braucht es einen klugen Mix zwischen dem Einsatz klassischer industriepolitischer Elemente wie auch der

Entwicklung neuer Politikansätze, mit denen die Transformation in Richtung einer CO₂-armen Stahlproduktion begleitet werden kann. Entscheidend für die Stahlindustrie wird sein, inwieweit sich diese Erfordernisse in der Industriestrategie auf deutscher und europäischer Ebene letztlich wiederfinden und auch zeitnah umgesetzt werden.

Standortpolitik: Carbon Leakage durch hohe Strom- und ETS-Kosten vermeiden

Gute Industriepolitik ist zuvorderst auch gute Standortpolitik. Unternehmen, die am Standort Deutschland produzieren und im internationalen Wettbewerb stehen, dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Konkurrenten in Staaten in und außerhalb der Europäischen Union. Zu den wichtigsten Standortfaktoren, gerade für die energieintensiven Industrien, gehören eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie eine ausreichende Ausstattung an kostenlosen Zertifikaten, um Carbon Leakage zu verhindern.

Deutschland hat hier bereits heute erheblichen Handlungsbedarf. Schon bisher hat die Energiewende zu einem erheblichen Strompreisanstieg geführt. Hinzu kommen nun Risiken für Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit durch den beschlossenen Ausstieg aus der Kohlestromezeugung. Auf der europäischen Ebene drohen der Stahlindustrie durch den

Strukturwandel: Transformation in der Stahlindustrie aktiv begleiten

Durch Einführung neuer Technologien und Ausschöpfung bestehender Potenziale kann das Ziel einer CO₂-neutralen Stahlherzeugung bis 2050 technisch erreicht werden. Dieser Prozess stellt die Stahlindustrie allerdings vor erhebliche wirtschaftliche Herausforderungen. Die Industriestrategie auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene muss einen Schwerpunkt setzen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Transformation der Industrie rasch vorangetrieben werden kann.

Klassische Industriepolitik gewinnt hierbei an Bedeutung. So setzt die zunehmende Elektrifizierung der Stahlproduktion grundlegend den Aufbau einer geeigneten Infrastruktur mit wettbewerbsfähigen Strom- und Gaspreisen (inkl. Wasserstoff) voraus. Auch muss die Herstellung eines internationalen Level Playing Fields zur Vermeidung von Carbon Leakage ein zentrales ordnungspolitisches Leitmotiv für die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre sein.

Darüber hinaus ist aber auch ein begleitendes staatliches Engagement auf vielerlei Ebenen erforderlich: Staatliche Unterstützung bei Forschung, Entwicklung und großtechnischer Umsetzung ist ebenso unverzichtbar wie es gezielte finanzielle Anreize für die Einführung CO₂-armer Verfahren sind. Zudem müssen innovative industriepolitische Konzepte dafür entwickelt werden, wie Leitmärkte etwa für die Erzeugung von "grünem Stahl" geschaffen werden können.

Emissionsrechtehandel in der vierten Handelsperiode eine erhebliche Minderzuteilung an Zertifikaten und weiter steigende Stromkosten. Aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland ist die Industriestrategie daher vor allem auch daran zu messen, inwieweit sie geeignet ist, auf diesem Gebiet auf die Beseitigung bestehender Ungleichheiten hinzuwirken: Belastungsbegrenzungen und Kompensationsregelungen zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, etwa im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) oder des europäischen Emissionshandelssystems (ETS), aber auch des Kohleausstiegs, sind daher ein unverzichtbarer Bestandteil einer aktiven Industriepolitik.

Handelspolitik: Außenhandel fair gestalten – globale Strukturkrise beim Stahl angehen

Auf den Stahlmärkten haben sich weltweit die Stahl-Überkapazitäten verfestigt. Der OECD zufolge dürften 2019 die weltweiten Stahlkapazitäten zum ersten Mal wieder steigen, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Risiken für die Weltkonjunktur deutlich gewachsen sind. Zugleich erzeugt die protektionistische Wirtschaftspolitik vieler Länder zunehmend Spannungen. Stahl steht dabei häufig im Mittelpunkt, da die Branche als „strategisch“ angesehen wird, sei es aus Gründen der nationalen Sicherheit oder zur Absicherung der eigenen Industrialisierungsstrategie.

Auf die hierdurch ausgelösten Verzerrungen im internationalen Wettbewerb muss die EU mit einem konsequenten Einsatz der hierfür vorgesehenen handelspolitischen Schutzinstrumente reagieren. Die Bundesregierung muss sich hier aktiver einsetzen als es in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist und auch auf eine Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentariums hinwirken. Wenn andere Länder Handelspolitik zunehmend als Teil einer „strategischen Industriepolitik“ ansehen, muss das Bemühen um ein „internationales Level Playing Field“ mehr denn je auch zu einem Leitmotiv europäischer Handelspolitik werden.

Die globale Strukturkrise beim Stahl lässt sich am besten global bewältigen. Das Globale Stahlforum der G20 ist hierbei ein unverzichtbarer Baustein. Die Stahlindustrie in Deutschland bedauert den Rückzug Chinas aus diesem Forum, begrüßt aber die Absicht der verbleibenden Länder, die Arbeit weiter fortsetzen zu wollen. Die Probleme in der globalen Stahlindustrie dürfen von der G20 nicht aus den Augen verloren werden.



Level Playing Field

Dies entspricht fairen Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer. Alle sollten nach den gleichen Regeln spielen und gleiche Chancen haben, um zum Erfolg zu kommen. Ein Spielfeld („Playing Field“) ist gleichwertig (auf gleichem „Level“), wenn keine äußeren Einflüsse die Fähigkeit der Teilnehmer (Spieler) beeinträchtigen, um fair zu konkurrieren.

Weiterführende Informationen:

- › Position der WV Stahl zum Entwurf der Nationalen Industriestrategie 2030 bit.ly/NIS-2030-Stahl

Ansprechpartner:

Dr. Martin Theuringer

☎ +49 211 6707-964

✉ martin.theuringer@wvstahl.de



Außenhandelspolitik unter neuen Vorzeichen

Die Stahlindustrie ist eine handelsintensive Branche und unverzichtbarer Teil der auf den Export ausgerichteten industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland. Sie ist auf freie und faire Märkte angewiesen. Statt Märkte zu öffnen, wächst jedoch der globale Protektionismus. Die USA distanzieren sich zunehmend vom Multilateralismus und schotten ihre heimischen Märkte ab. Gleichzeitig bleiben ungelöste Probleme, wie der Einsatz wettbewerbsverzerrender Subventionen gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO. Beispiele sind das nicht-marktwirtschaftliche Verhalten wichtiger Länder (insbesondere Chinas) sowie die massiven Überkapazitäten in der globalen Stahlindustrie. Diese Entwicklungen stellen die Stahlhersteller in Deutschland vor eine große Belastungsprobe.

Die größte Herausforderung der letzten Zeit ist die Erhebung der Strafzölle im Rahmen der US-Section 232. Unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit greift die USA auf protektionistische Maßnahmen zurück. Die Erhebung eines pauschalen Wertzolls in Höhe von 25 Prozent auf nahezu alle Stahlimporte ist ein massiver Eingriff in den internationalen Handel. Er zielt allein darauf ab, der heimischen Stahlindustrie künstliche Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

„America first“ – Abschottung des US-Stahlmarktes

Die Section-232-Maßnahmen trafen die Stahlhersteller in Deutschland doppelt – mit erheblichen wirtschaftlichen Folgen. Zum einen sanken die deutschen Stahlexporte in die USA 2018 um 7 Prozent. Das Hauptproblem für die Stahlindustrie war jedoch die Umlenkung von Handelsströmen in den ungeschützten EU-Raum. Dabei handelt es sich um Stahl, der vor den Maßnahmen traditionell in die USA geliefert wurde und nun aufgrund der US-Maßnahmen auf andere Märkte drängt. Die EU-Importe stiegen in der Folge 2018 um 11 Prozent.

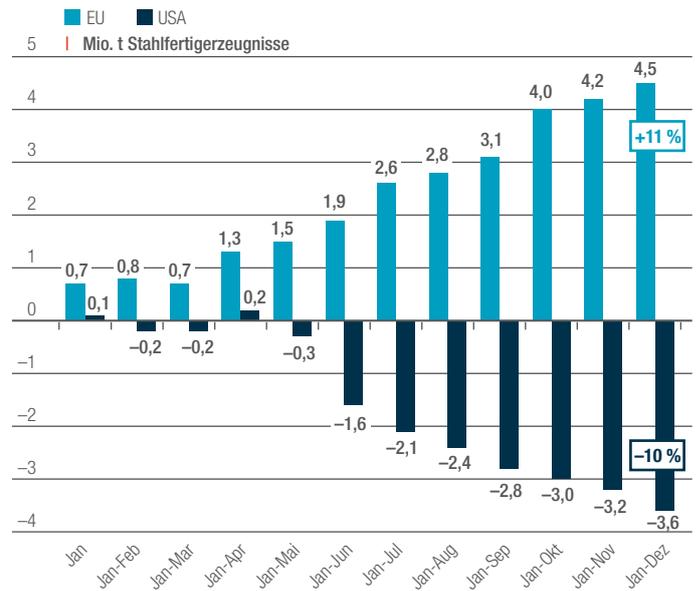
EU-Safeguard-Maßnahmen nicht konsequent genug

Angesichts der zunehmend eingetrübten konjunkturellen Gesamtsituation war die Einführung endgültiger Schutzklauselmaßnahmen (kurz Safeguards) durch die EU-Kommission ein dringend notwendiger Schritt. Ziel war es, die EU-Stahlindustrie wirksam vor Handelsumlenkungen von Stahl in den offenen EU-Markt zu schützen. Dieses Versprechen wurde allerdings nicht erfüllt. Der EU-Importdruck hat sich – trotz der eingeleiteten Maßnahmen – auch 2019 weiter erhöht. Aufgrund der deutlichen Kritik der Stahlindustrie erfolgte Mitte 2019 eine Revision der Maßnahmen. Obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden, sind die Ergebnisse mit Blick auf die Quotenhöhe enttäuschend. Der deutlichen Eintrübung der Stahlkonjunktur, vor allem in Deutschland, wurde dabei nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Stahlindustrie in Deutschland sieht daher die dringende Notwendigkeit einer weiteren Anpassung der Safeguards zur wirksamen Abwehr von Umleitungseffekten.

Strukturkrise ungelöst

Abseits dieser neuen Problemlagen besteht die strukturelle Krise in der globalen Stahlindustrie weiterhin fort. Nach wie vor existieren weltweit Überkapazitäten in einer Größenordnung von mehreren hundert Millionen Tonnen, berichtet die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Handelsumlenkungen durch die US-Maßnahmen nehmen weiter zu



Veränderungen der Importmengen 2018

Quelle: Eurostat/Comext, US amtliche Außenhandelsdaten

und Entwicklung OECD. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass sich unfaire Handelspraktiken wie insbesondere Dumping im globalen Wettbewerb weit über China hinaus ausgebreitet haben. Große Hoffnungen lagen deshalb auf dem 2016 unter deutscher G20-Präsidentschaft gegründeten Global Forum on Steel Excess Capacity. Im Fokus dieser multilateralen Zusammenarbeit stand das Ziel, Subventionen und andere Formen staatlicher Unterstützung in den verschiedenen Ländern abzubauen, um marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse auf dem globalen Stahlmarkt zu fördern.

Doch ist die Zukunft des Gremiums ungewiss. China hat erklärt, künftig nicht mehr im Globalen Forum mitwirken zu

US-Strafzölle vs. EU-Safeguards: Wo liegt der Unterschied?



US-Section 232

- › Abschottung durch Aufbau von Zollschranken für alle Stahlimporte.
- › Verstoß gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO.
- › Grundlage der Maßnahmen ist ein Gesetz aus den 1960er-Jahren zum Schutz der „nationalen Sicherheit“.



EU-Safeguards

- › Das EU-Schutzklauselverfahren (Safeguards) hingegen basiert auf den Regeln der WTO.
- › Alleiniges Ziel der Safeguards ist es, Verwerfungen aus den US-Maßnahmen im europäischen Markt einzugrenzen.
- › Der Markt bleibt offen. Traditionelle Stahl-Lieferströme in die EU bleiben unangetastet.
- › Zölle greifen somit nur, wenn traditionelle Importmengen überschritten werden.

wollen. Sollte sich diese Haltung Chinas erhärten, läuft das Mandat des Forums Ende November aus. Positiv ist allerdings, dass die restlichen Länder die Arbeit des Globalen Forums zur Not auch ohne China fortsetzen wollen. In welcher Struktur dies geschehen wird, ist gegenwärtig noch unklar. Dies würde momentan die beste Möglichkeit darstellen, weiterhin multilateralen Druck auf China auszuüben, sich marktwirtschaftlich im Stahlbereich zu verhalten. Wichtig ist hierbei, dass die Arbeit des Forums unverändert von höchster politischer Ebene begleitet wird und die Anbindung an die G20 erhalten bleibt. Strukturprobleme beim Stahl müssen bei den Gipfeltreffen auch weiterhin gegenüber China thematisiert werden.

Handelsschutz bleibt unverzichtbar

Diese schwierige Situation macht jedoch auch deutlich, dass mit einer raschen Lösung der Probleme in der globalen Stahlindustrie auf multilateralem Wege vorerst nicht zu rechnen ist. Handelsschutzinstrumente wie Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen bleiben zur Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen unverzichtbar. Die Schutzmaßnahmen müssen im Einklang mit den Regeln der WTO ausgerichtet sein, dafür aber konsequent und effektiv angewendet werden. Dabei muss auch für die neue Leitung der Europäischen Kommission gelten, das Handelsschutzinstrumentarium stetig zu optimieren und gegebenenfalls einen neuen Modernisierungsprozess anzustoßen.

Neue handelspolitische Instrumente erforderlich

Gleichzeitig ist es wichtig, dass neue innovative Instrumente entwickelt werden, um sich auf die veränderte Situation im Außenhandel einzustellen. Ein wichtiger Bereich ist dabei z. B. die öffentliche Beschaffung. Während der EU-Markt gemäß den Regeln des Government Procurement Agreement der WTO transparent und offen für ausländische Anbieter ist, sind andere wichtige Märkte dagegen vor allem für die EU-Stahlindustrie verschlossen. Um diese zu öffnen, wird derzeit auf europäischer Ebene über ein Instrument zur Schaffung von

mehr Reziprozität diskutiert. Dieses International Procurement Instrument hat das Ziel, abgeschottete Drittlandmärkte durch die Verhängung bestimmter Sanktionen zu öffnen. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl unterstützt dieses Vorhaben und setzt sich für eine praxisingerechte Ausgestaltung ein.

Weiterführende Informationen:

- Blickpunkt: US-Handelspolitik / US-Section 232 (Fakten und Positionen) bit.ly/US-Handelspolitik-WV-Stahl
- Safeguards auf einen Blick. Infografik bit.ly/Infografik-Safeguards

Ansprechpartner:

Tobias Aldenhoff

☎ +49 211 6707-871

✉ tobias.aldenhoff@wvstahl.de

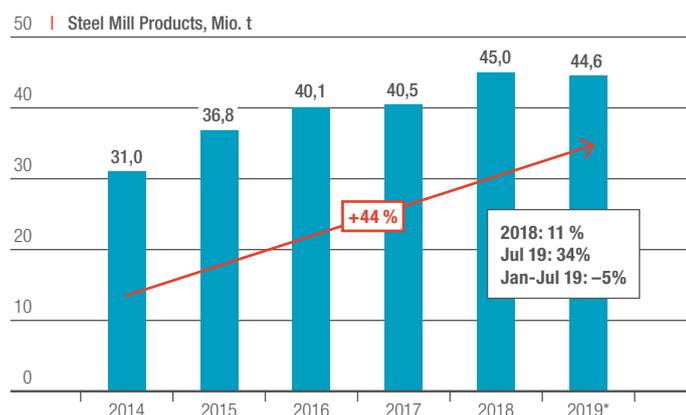


Handelsschutzinstrumente

Diese sind nach der WTO zulässige Instrumente zur Abwehr von Einfuhren. Dabei geht es zunächst um Instrumente gegen „unfaire“ Einfuhren, also Antidumping- und Antisubventionsverfahren. Bei der dritten nach der WTO zulässigen Variante, den Schutzklauselverfahren (Safeguards), spielt es keine Rolle, ob Einfuhren „unfair“ oder „fair“ sind. Sie kommen dann in Betracht, wenn durch einen plötzlichen und massiven Importanstieg eine ernsthafte Schädigung eines Wirtschaftszweiges erfolgt oder zu erfolgen droht.

Schwierige Importsituation der EU

EU-Stahlimporte aus Dritten Ländern



* hochgerechnet auf Basis 2019 1-7

Quelle: Eurostat

EU-Stahlimporte aus Dritten Ländern (Steel Mill Products, Mio. t)



* Jan-Jul annualisiert

Quelle: Amtliche Außenhandelsstatistik



Klimaschutzgesetz darf nicht zu Doppel- belastungen führen

Die Bundesregierung hat Anfang Oktober 2019 ein Klimaschutzgesetz und – zu dessen Umsetzung – ein Klimaschutzprogramm 2030 auf den Weg gebracht. Ein wesentlicher Bestandteil des Paketes ist die Einführung einer nationalen CO₂-Bepreisung für Verkehr und Gebäude. Zwar ist zu begrüßen, dass diese Sektoren – wie von der Stahlindustrie gefordert – nicht in das bestehende europäische Emissionshandelssystem integriert werden, sondern für sie ein separates System geschaffen werden soll. Jedoch will die Bundesregierung auch den Brennstoffeinsatz in industriellen Anlagen einbeziehen, die bisher nicht unter den europäischen Emissionsrechtehandel fallen. Dadurch drohen der Industrie erhebliche Kostenbelastungen, wie zuletzt deutlich geworden ist.

Es muss daher sichergestellt werden, dass das geplante nationale Emissionshandelssystem nicht zu Doppelbelastungen bei Industrieunternehmen führt, die bereits dem europäischen Emissionshandel unterliegen. Industriellen Anlagen außerhalb des europäischen Emissionsrechtehandels dürfen keine Wettbewerbsnachteile gegenüber Standorten außerhalb Deutschlands entstehen.

Dafür müssen wirksame und umfassende Regelungen getroffen werden. Äußerst kritisch ist die hohe Geschwindigkeit, in der die betreffenden Gesetze durch den Bundestag gebracht werden. Nicht ausreichend durchdachte Regelungen drohen später erhebliche Schäden für den Industriestandort zu bewirken.

Rahmenbedingungen für eine CO₂-arme Stahlerzeugung schaffen

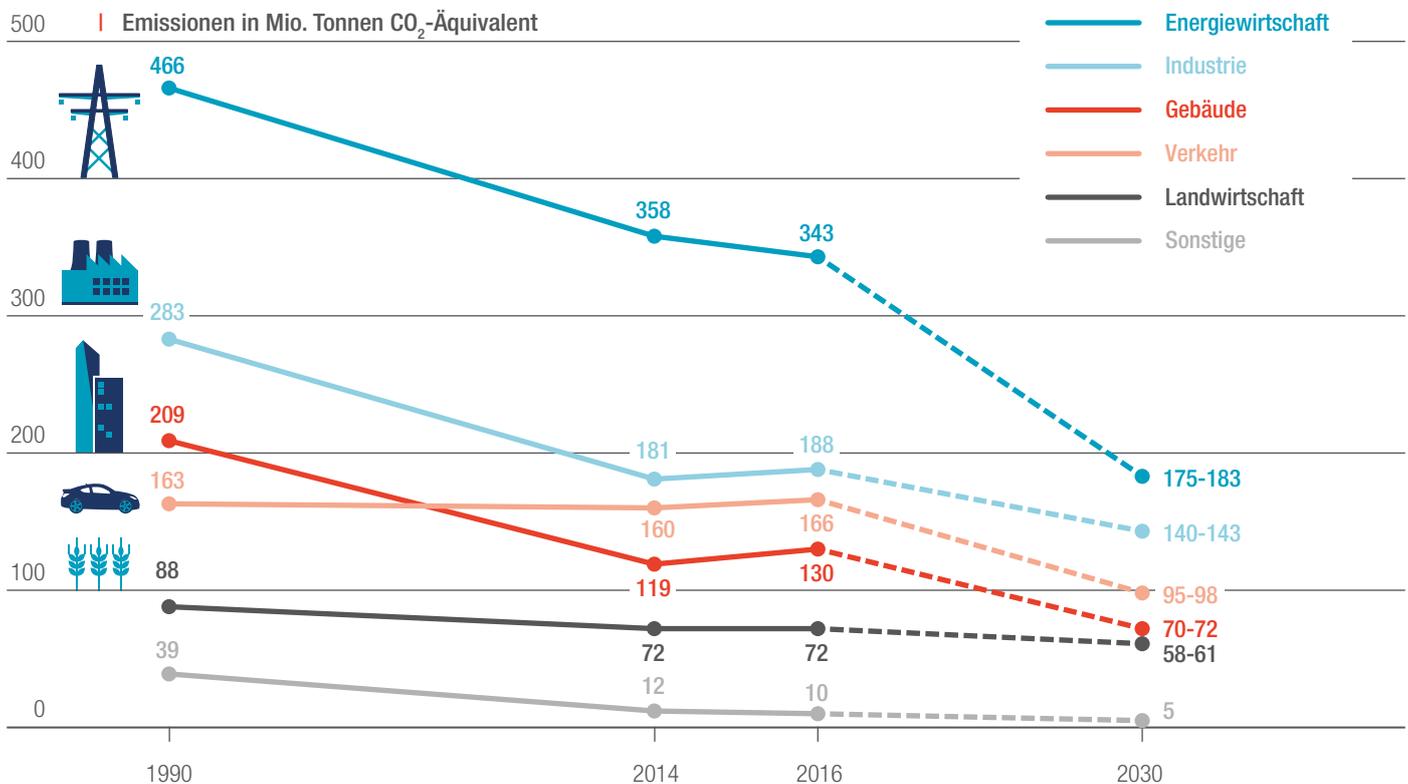
Das Klimaschutzprogramm und ebenso die politische Debatte hatten bisher insgesamt einen deutlichen Schwerpunkt auf Maßnahmen in Sektoren wie Verkehr und Gebäude gelegt. Nun müssen jedoch auch die politischen Rahmenbedingungen für die Klimaschutz-Anstrengungen der energieintensiven Industriebranchen verstärkt in den Blick genommen werden. In den kommenden Monaten sollten zügig politische Instrumente erarbeitet werden, mit denen Klimaschutz-Investitionen, wie die Einführung von CO₂-armen Produktionsverfahren in der Stahlindustrie, wirksam flankiert und gefördert werden können. Zu den erforderlichen Rahmenbedingungen und Instrumenten hat die Stahlindustrie konkrete Positionen entwickelt, die im Dialog mit der Politik eingebracht werden. Dazu gehören ein deutlicher Ausbau der erneuerbaren Ener-

gien und Transportleitungen sowie wettbewerbsfähige Preise für grünen Strom und Gas. Es muss eine umfassende Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden. Die Versorgung der Industrie zu wettbewerbsfähigen Preisen muss dabei Priorität erhalten. Daneben sollten ab 2021 Differenzenverträge zur Deckung der zusätzlichen operativen Kosten gegenüber den derzeitigen Stahlverfahren eingeführt werden und ein Anreizsystem für den Einsatz von grünem Stahl sollte entwickelt werden.

Wettbewerbsverzerrungen durch Emissionsrechtehandel verhindern

Eine zentrale Voraussetzung ist zudem, dass internationale Wettbewerbsnachteile durch den europäischen Emissionsrechtehandel (EU-ETS) in der vierten Handelsperiode verhindert werden. Dazu ist zum einen eine ausreichend freie Zuteilung erforderlich. Gegenwärtig wertet die Europäische Kommission die aus den Zuteilungsanträgen gewonnenen Emissionsdaten der Unternehmen aus, um auf dieser Grundlage die künftigen Abschmelzraten für die Produkt-Benchmarks in der vierten Handelsperiode festzulegen. Die Zuteilung von Zertifikaten an die Stahlindustrie wird in der vierten Handelsperiode voraussichtlich rund 20 Prozent unter

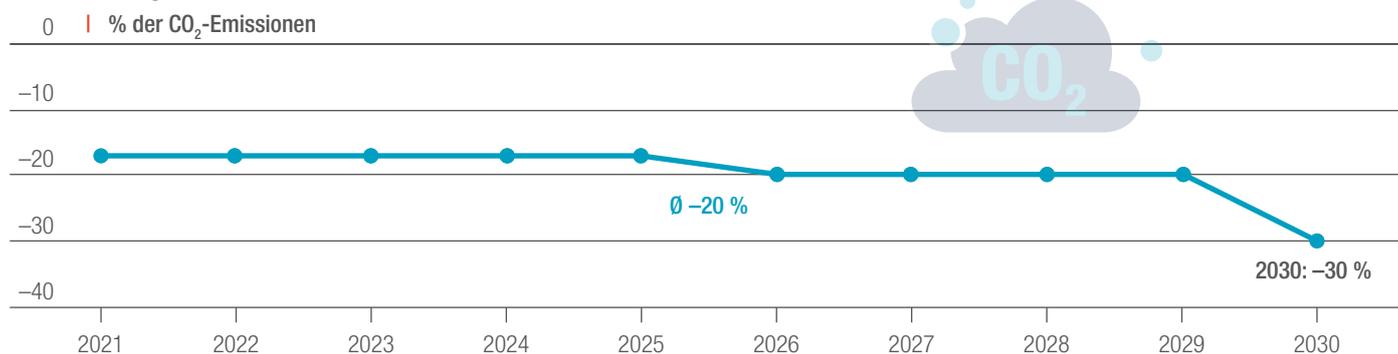
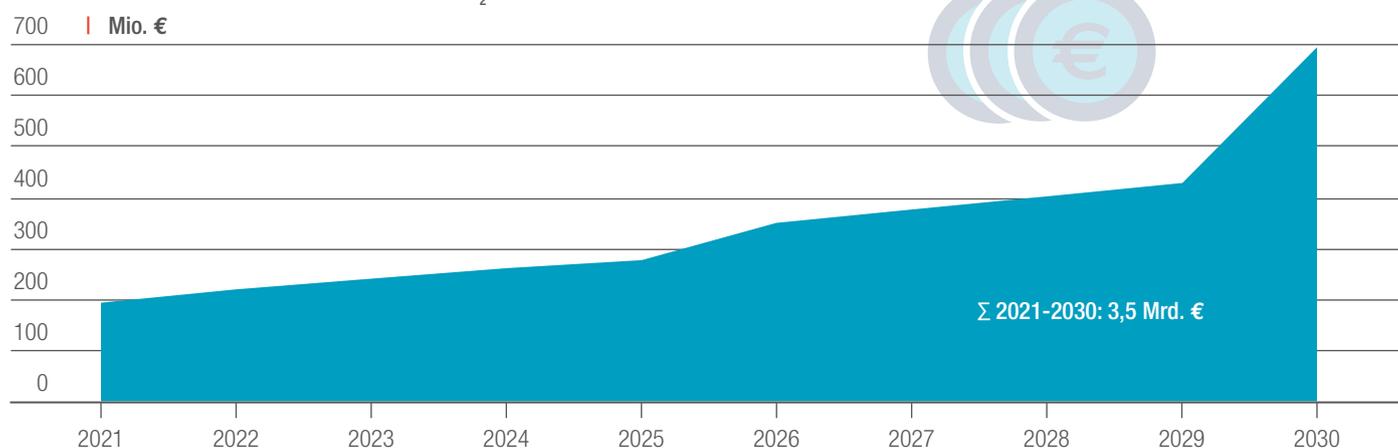
Klimaziele 2030 in Deutschland



Quelle: Umweltbundesamt, dpa

Emissionshandel 4. Handelsperiode: Carbon-Leakage-Gefahr für Stahl

Minderzuteilung in der Stahlindustrie

Kosten der Stahlindustrie in Deutschland durch CO₂-Zertifikate

Zertifikatspreis 20 €/t CO₂ (2021) bis 41 €/t CO₂ (2030), Minderzuteilung und Kosten der 10 % effizientesten Anlagen, ohne fehlende Zertifikate bei Produktionswachstum, ohne Stromkostensteigerungen und Strompreiskompensation

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Eurofer/Ecofys

den Emissionen der effizientesten Anlagen liegen. Über die gesamte Handelsperiode hinweg drohen ihr in Deutschland durch den Kauf der erforderlichen Zertifikate daher Mehrkosten von etwa 3,5 Milliarden Euro. Die Folge wären massive Wettbewerbsnachteile gegenüber Ländern außerhalb der EU.

Die künftigen Abschmelzraten für die Benchmarks müssen vor diesem Hintergrund sachgerecht und transparent auf einer konsistenten Datenbasis festgelegt werden. Hinzu kommen die Kosten durch die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen. Die CO₂-bedingten Strompreissteigerungen müssen vollumfänglich kompensiert werden. Dies muss im Rahmen der gegenwärtig in Überarbeitung befindlichen Beihilfeleitlinien der EU-Kommission wie auch in der nationalen Umsetzung sichergestellt werden. Sollte dies nicht ausreichen, ist ein „Border Adjustment“ in Erwägung zu ziehen, das den Anforderungen der WTO entspricht.

Vor diesem Hintergrund fällt besonders negativ ins Gewicht, dass sich die Bundesregierung nach dem Beschluss des Klimakabinetts für einen Mindest-CO₂-Preis im bestehenden europäischen Emissionsrechtehandel einsetzen will sowie perspektivisch für einen europaweiten übergreifenden Zertifikatehandel für alle Sektoren. Diese Maßnahmen könnten für die Stahlindustrie zu einer erheblichen Steigerung der Kosten durch den Kauf von Zertifikaten und emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen führen. Statt den EU-Emissionsrechtehandel weiter zu verschärfen, sollte sich die Bundesregierung dringend für die vollumfassende Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen einsetzen. Die angekündigte Initiative der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission muss mit der Frage verbunden werden, wie die energieintensiven Grundstoffindustrien und insbesondere die Stahlindustrie vor Carbon Leakage geschützt werden können.

Kohleausstieg erfordert ebenfalls Kompensationsmaßnahmen

Eine im Jahr 2019 ebenfalls wichtige politische Debatte betrifft den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Als Ausstiegsdatum hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz Kohlekommission, das Jahr 2038 empfohlen. Bis Ende 2019 soll auf dieser Grundlage ein Kohleausstiegsgesetz im Bundestag verabschiedet werden. Nach der Kernenergie in einem so kurzen Zeitraum nun auch aus der Kohleverstromung als verbleibende grundlastfähige Stromquelle auszuweisen, stellt den Industriestandort Deutschland vor große Herausforderungen. Es drohen erhebliche Risiken für die Versorgungsstabilität und Kosten durch Transportengpässe. Der Stahlindustrie könnten durch die absehbaren Strompreissteigerungen Zusatzkosten von jährlich bis zu 250 Millionen Euro und somit Belastungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entstehen. Die Umsetzung der von der Kohlekommission empfohlenen Kompensationsmaßnahmen für die stromverbrauchende Industrie ist daher unerlässlich. Sie muss bereits im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes angegangen werden und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ansprechpartner:

Roderik Hömann

+49 30 2325546-10

roderik.hoemann@wvstahl.de

Weiterführende Informationen:

- › Blickpunkt: Klimaneutrale Wirtschaft 2050 – Beitrag der Stahlindustrie (Positionen) bit.ly/Stahl-klimaneutral
- › Stahl – für eine emissionsarme Welt unverzichtbar bit.ly/Energie-Umwelt-WV-Stahl
- › Energiewende und Transformation der Grundstoffindustrien – zwei Seiten einer Medaille bit.ly/Transformation-Grundstoffindustrien



Carbon Leakage

Man spricht von Carbon Leakage, wenn Unternehmen aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen zusätzliche Kosten entstehen und infolgedessen Produktion – und somit auch der CO₂-Emissionen – in andere Länder verlagert werden. Dadurch können die Gesamtemissionen sogar ansteigen. Besonders in den energieintensiven Branchen ist das Carbon-Leakage-Risiko hoch.

Ausstiegsplan der Kohlekommission

60 | Leistung der Kraftwerke in Gigawatt*



*Ohne 4,3 GW Netz- und Sicherheitsreserven (Kohlekraftwerke), die bis 2022 durch Gaskraftwerke ersetzt werden sollen

Quelle: Wiener Zeitung auf Basis von Kohlekommission, Fraunhofer ISE und FAZ

Welche Herausforderungen bestehen bei der Transformation in eine CO₂-arme Wirtschaft?



Hochofen-Konverter-Route



Elektrostahlroute

Stahlindustrie heute

Politische Herausforderungen



Förderung von Forschung und Markteinführung

Berücksichtigung von Stahlimporten (direkt und indirekt)

Schutz vor ETS-bedingtem Carbon Leakage

Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und Energie-Infrastruktur

Wettbewerbsfähige Preise für Strom, Gas, Wasserstoff

Anreizsystem für den Einsatz von CO₂-armem Stahl

Industrielle Herausforderungen



Entwicklung neuer Technologien

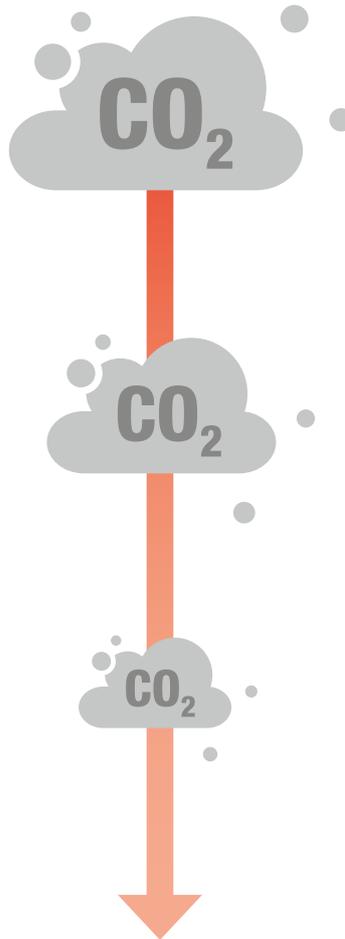
Steigende Kosten für Investitionen

Signifikante Kostensteigerungen des ETS

Umstellung von Produktionsprozessen

Signifikant höhere Betriebskosten

Verschärftes internationales Wettbewerbsumfeld



CO₂-arme Stahlindustrie 2050



Umweltschutz

Tagesgeschäft für die Stahlindustrie



Deutschland zählt zu den Ländern mit den höchsten Umweltstandards weltweit und die Stahlindustrie vor Ort leistet hierzu seit vielen Jahrzehnten einen entscheidenden Beitrag. Sie weiß um die Bedeutung, Mensch und Umwelt vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Als Teil einer zunehmend wissensintensiven Branche produzieren die Unternehmen in Deutschland gemäß anspruchsvollen rechtlichen Vorgaben – mehr noch: Sie gehen vielfach sogar darüber hinaus.

Neben dem Umweltschutz selbst stehen z. B. auch Ressourcenschonung und Arbeitsschutz sowie Wechselwirkungen mit anderen Bereichen wie Energie und Klimaschutz im Vordergrund. Im Umweltbereich gibt es zahlreiche traditionelle wie auch komplexe neue Themen, mit denen sich die Branche auseinandersetzt: Diese betreffen u. a. den Gewässer- und Bodenschutz, die Luftreinhaltung, den Strahlenschutz, den Umgang mit Stoffen und Chemikalien, das Abfall- und Produktrecht, aber auch die moderne Kreislaufwirtschaft.



Umweltschutz heißt bewusster Umgang mit allen Umweltmedien

Im Bereich des Gewässer- und Bodenschutzes sollen durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie alle Flüsse, Seen, Grundwasser und Küstengewässer in einen guten Zustand versetzt werden. Das Programm soll bis zum Jahr 2027 in drei Zyklen umgesetzt werden. Schon jetzt ist aber absehbar, dass die Vorgaben für die Zeit nach dem Jahr 2027 nicht eingehalten werden können. Hintergründe sind beispielsweise der Ausbau von Flüssen und Sedimente der letzten zwei Jahrhunderte. Aus Sicht der Wirtschaftsvereinigung Stahl ist daher eine Anpassung der Rechtsvorgaben an die Realität notwendig, um wasserrechtliche Genehmigungen nicht zu gefährden.

Der Ausschuss Umweltpolitik der WV Stahl hat sich als Vertreter der Stahlindustrie darüber hinaus mit Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Spurenstoffstrategie des Bundes beschäftigt. Auch beim Strahlenschutz, bei dem nach Neuschaffung von Gesetz und Verordnung nun erste Änderungen erfolgen bzw. ergänzende Rechtsverordnungen anstehen, ist eine Vertretung der Interessen der Stahlindustrie dringend notwendig.

Im Bereich der Luftreinhaltung hat die WV Stahl Stellungnahmen zur Anpassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft, kurz TA Luft, und zum Nationalen Luftreinhaltprogramm herausgegeben. Die Überarbeitung der TA Luft hat national weiterhin höchste Bedeutung. Hierzu diskutiert die WV Stahl mit den beteiligten Ministerien und Behörden rechtliche und technische Zusammenhänge bzw. bezieht Stellung zu Machbarkeit und Folgen. Gleiches gilt auch für die EU-Vorgaben zu nationalen Emissionshöchstwerten und die Festlegung der für die Einhaltung notwendigen Maßnahmen, die in den Sektoren bis in einzelne Prozesse hinunterreichen können.

Durch Anwendung bester verfügbarer Techniken (BVT) konnte die Stahlindustrie in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Erfolge bei der Minderung von Schadstoffemissionen erzielen. Im Fokus liegen derzeit die Schlussfolgerungen zur besten verfügbaren Technik bei Großfeuerungsanlagen. In Verbindung mit dem Störfallschutz und der Genehmigung von Anlagen wird national eine neue Verwaltungsvorschrift zu Sicherheitsabständen erarbeitet. Auf EU-Ebene finden Rechtsüberprüfungen statt, die ab dem Jahr 2020 zu konkreten Maßnahmen führen werden. Dies wird durch eine separate Projektgruppe Immissionsschutz der WV Stahl begleitet.

Beste verfügbare Technik (BVT)

„Beste verfügbare Techniken“ beschreiben gemäß Industrieemissions-Richtlinie 2010/75/EU vom 24. November 2010 „den effizientesten und fortschrittlichsten Entwicklungsstand der Tätigkeiten und entsprechenden Betriebsmethoden, der bestimmte Techniken als praktisch geeignet erscheinen lässt, als Grundlage für die Emissionsgrenzwerte und sonstige Genehmigungsaufgaben zu dienen, um Emissionen in und Auswirkungen auf die gesamte Umwelt zu vermeiden oder, wenn dies nicht möglich ist, zu vermindern“. Daraus abgeleitete BVT-Schlussfolgerungen stellen eigenständige Rechtsdokumente dar.

Im Bereich Stoffpolitik befasst sich die WV Stahl mit den EU-Chemikalienverordnungen REACH und CLP (REACH steht für Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals und CLP für Classification, Labelling and Packaging). Dies umfasst alle Facetten bis hin zur Frage der Schnittstellen zu anderen Rechtsbereichen wie dem Abfall- und Produktrecht. Die Einstufung von Stoffen gewinnt u. a. aufgrund der Informationsfülle aus REACH und der damit zusammenhängenden Einstufungen nach CLP zunehmend an Bedeutung. Beispielsweise konnte bisher eine ungerechtfertigte Umstufung von Kobalt in Kooperation mit dem Verband der NE-Metall-Branche und Dachverbänden abgewendet und stattdessen eine Überprüfung der Bewertungsmethoden angestoßen werden.

Circular Economy verlangt umfangreiche Maßnahmen

Die sogenannte „Circular Economy“-Politik (CE) ist mehr als eine Fortführung der klassischen Abfallwirtschaft, die primär auf die schadlose Beseitigung ausgelegt war. CE greift den Grundgedanken der Kreisläufe auf, stellt diesen aber u. a. in den Kontext mit anderen Umwelteffekten, Energie- und Klimazielen, den Bedürfnissen von Industrie einerseits und Verbrauchern andererseits und auch mit künftigen politischen Maßnahmen. Auf dieser Basis hatte die EU-Kommission 2015 ein Maßnahmenpaket mit einem Aktionsplan und Vorschlägen zur Anpassung der EU-Abfallgesetzgebung vorgestellt. Ziel ist



es, Produkte, Materialien und Rohstoffe so lang wie möglich zu erhalten und damit den Ressourcenverbrauch einerseits und die Abfallbeseitigung andererseits zu minimieren. Künftige Maßnahmen sind auf Bereiche wie Ökodesign, Produktkennzeichnung oder Ökobilanzierung ausgerichtet.

Als Ergebnis des Maßnahmenpakets 2015 wurden die Abfallrahmen- und die Deponierichtlinie im Jahr 2018 geändert. Diese sind bis Mitte 2020 national umzusetzen. Hierzu hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) im August 2019 den Entwurf zur Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und weiterer Rechtsregelungen vorgelegt. Die WV Stahl hat hierzu eine Projektgruppe eingerichtet und Stellung bezogen. Der BMU-Vorschlag verlässt mehrfach den Weg der sogenannten 1:1-Umsetzung. Es werden EU-Regelungen übertroffen, Spielräume nicht ausgenutzt oder Anwendungsbereiche erweitert. Auch die Idee des Umweltministeriums, dass Hersteller künftig für das Fehlverhalten der Nutzer, also z. B. der Bürger bzw. Verbraucher, verantwortlich sein sollen (auch finanziell), schießt über das Ziel hinaus. Zunächst geringfügig erscheinende Änderungen könnten erhebliche negative Auswirkungen auf die Herstellung und das Recycling bzw. auf die Verwendung von Nebenprodukten haben. Problematisch sind außerdem Regelungen zu kritischen Rohstoffen oder gefährlichen Stoffen. Dies und weitere Umsetzungsprozesse wird die WV Stahl bzw. ihre Projektgruppe intensiv begleiten.



1:1-Umsetzung / „One-in-one-out“

Im Koalitionsvertrag (19. Legislaturperiode) zwischen CDU, CSU und SPD wird Bürokratieabbau angestrebt: u. a. durch 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben, Vereinheitlichung von Schwellenwerten und auf europäischer Ebene auch durch das sogenannte „One-in-one-out“. Das bedeutet, dass neue Belastungen (durch Rechtsvorgaben) nur in solchem Maße eingeführt werden dürfen, wie bisherige Belastungen abgebaut, also kompensiert werden.

Nachhaltige Finanzierung erfordert präzise Regelungen

Motiviert durch Öffentlichkeit und Finanzwelt hat die EU-Kommission das Thema nachhaltige Finanzierung aufgegriffen und es mit den Themen Klima- und Umweltschutz verbunden. Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsbereiche sollen Vorrang erhalten. Wirtschaftsaktivitäten sollen hierbei klassifiziert und diese Taxonomie soll anschließend Grundlage für Entscheidungen zu Finanzprodukten werden. Die Taxonomie soll auch in der EU-Gesetzgebung Anwendung finden. Entsprechende Vorschläge werden seit Frühjahr 2018 diskutiert.

Nach Positionierung im Rat erfolgen nun die Beratungen von Parlament, Rat und Kommission (Trilog), die im ersten Halbjahr 2020 beendet werden könnten.

Die Initiative bietet sowohl Vor- als auch Nachteile für die gesamte Wirtschaft und auch für die Stahlindustrie. Gelingt es, dass eine Aktivität als nachhaltig eingestuft wird, ist eine günstige Finanzierung von Maßnahmen möglich. Gelingt dies nicht, besteht die konkrete Gefahr, dass die Finanzierung von „nicht-nachhaltigen“ Investitionen erschwert bzw. verteuert wird. Dies hat besondere Bedeutung für den Transformationsprozess, währenddessen klassische und neu zu entwickelnde Stahlherstellungsverfahren gleichzeitig betrieben werden müssen.

Taxonomie-Kriterien werden in einer Technischen Experten-Gruppe (TEG) der EU-Kommission erarbeitet. Die WV Stahl partizipiert am Prozess der Rechtssetzung und der Expertenarbeit sowie parallelen Normungsarbeiten. Zur Begleitung wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die auch eine Position erarbeitet hat. Die Berichte der Technischen Experten-Gruppe werden nun finalisiert und dienen als Grundlage für präzisierende Rechtsregelungen per delegiertem Rechtsakt. Vorschläge dazu werden Ende 2019 erwartet, die ebenfalls zu begleiten sind. Ein Inkrafttreten des Gesamtpakets wird für Anfang 2021 angestrebt.

Die WV Stahl hat folgende Kernforderungen zur Nachhaltigen Finanzierung formuliert:

- › Unterstützung der Transformationsprozesse
- › Keine Behinderung von Investitionen in traditionelle Technologien während der Übergangsphase
- › Neues CO₂-Bewertungskriterium auf Basis einer bestehenden EN-Norm statt Verlinkung mit den theoretischen Benchmarks des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS)
- › Freiwilligkeit
- › Ganzheitliche Bewertung wirtschaftlicher Aktivitäten unter Berücksichtigung von Recyclingfähigkeit sowie Effekten durch Produkthanwendung
- › Keine binäre Betrachtung „nachhaltig“ / „nicht nachhaltig“
- › Einstufung der EAF-Route (Elektrolichtbogenofen-Route) als nachhaltig ohne ein 90-Prozent-Kriterium für den Schrotteinsatz
- › Korrektur möglicher Quellen für Umweltschäden

Weiterführende Informationen

- › Stellungnahmen aus dem Bereich Energie und Umwelt bit.ly/Energie-Umwelt-WV-Stahl

Ansprechpartner:

Gerhard Endemann

☎ + 49 211 6707-456

✉ gerhard.endemann@wvstahl.de



Stahl als Wegbereiter der Kreislaufwirtschaft

Leben heißt wohnen, arbeiten, sich fortbewegen und noch vieles mehr. Wir alle brauchen dafür Stahl – tagtäglich und in jedem Alter. Der Werkstoff ist bekanntlich in Gebäuden, Fahrzeugen und Maschinen wichtig. Er ist aber gerade auch für den privaten Konsum unverzichtbar und er ist recycelfähig. In einer Studie hat das Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) die Rolle von Stahl als „Enabler“ der Kreislaufwirtschaft aus der Perspektive von Haushalten in Deutschland untersucht. Auftraggeber war die Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Stahl ist fester Bestandteil des privaten Konsums

Die industrielle Anwendung ist nur ein Teilgebiet, in dem Stahl eine besondere Rolle spielt. Für den Alltag und somit den privaten Konsum ist Stahl von grundlegender Bedeutung. Jährlich

werden für Deutschlands Haushalte pro Kopf etwa 180 kg Stahl benötigt. Dabei muss das Endprodukt nicht einmal unbedingt Stahl enthalten. Stahl steckt nicht nur in den fertigen Produkten, sondern wird auch für deren Herstellung, Lagerung und Transport benötigt. Auf seinem Herstellungs- und Transportweg kommt daher in den überwiegenden Fällen Stahl zum Einsatz. Dadurch werden auch Dienstleistungen und Produkte, die keinen Stahl enthalten, „stahlintensiv“. Fast jedem Produkt wohnt somit eine Stahlintensität inne.

Recycling senkt CO₂-Emissionen und schont Ressourcen

In Deutschland existiert ein sehr engmaschiges Netz an Sammel-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen für den aufkommenden Stahlschrott. Das etablierte und gut funktionierende Recycling von Stahl trägt somit unmittelbar

zur Reduktion des Verbrauchs von Primärrohstoffen wie Eisenerz und Koks-kohle bei. Einzigartig ist zugleich, dass der Werkstoff Stahl zu 100 Prozent und ohne Qualitätsverlust wiederverwertbar ist. Die Kreislaufführung von Stahl führt zudem zu erheblichen CO₂-Senkungen. Das Recycling von Stahl vermeidet etwa ein Drittel des CO₂-Ausstoßes der Stahlindustrie. Dies entspricht ca. 117 kg Emissionseinsparungen pro Einwohner und Jahr. Allerdings wird in Deutschland auch einiges an Stahl aus dem Ausland verwendet, der in den Herkunftsländern ganz anderen Umweltschutzmaßnahmen unterliegt. Sofern Stahl weltweit auf Basis europäischer Einsatzquoten von Stahlschrott hergestellt würde, könnten sich die bislang erreichten CO₂-Emissionssenkungen auf etwa 140 kg verbessern. Der Beitrag der Stahlindustrie in Deutschland an vermiedenen Umweltbelastungen ist beispielsweise deutlich höher als der aus China. Beide Eigen-

Stahl-Konsum pro Einwohner



Private Haushalte: ca. 180 kg/a
 Öffentlicher Haushalt: ca. 60 kg/a
 (z. B. Bildung, innere Sicherheit und Infrastruktur)

Stahl-Konsum Gesamt: ca. 240 kg/a



Quelle: Fraunhofer IMWS

schaften (Stahlintensität und Recycelfähigkeit) sind somit unschlagbare Argumente für die Vorreiterrolle von Stahl in der Kreislaufwirtschaft.

Stahl ist ideal für Refabrikation bzw. Wiederverwendung

In Europa sind etwa 192.000 Menschen im Bereich Wiederverwendung beschäftigt, davon mehr als 60 Prozent in der Aufarbeitung von stahlintensiven Produkten. Der vergleichsweise hohe Anteil an Stahl erklärt sich aufgrund seiner Eigenschaften. Der Werkstoff ist einerseits langlebig, andererseits gut bzw. vielfältig bearbeitbar. Stahlintensive Produkte sind infolgedessen hervorragend zur Reparatur und Aufarbeitung geeignet. Die Refabrikation trägt nicht nur zur Ressourcenschonung, sondern auch zur CO₂-Minderung bei. Durch die Wiederverwendung von stahlintensiven Produkten werden die Treibhausgasemissionen in Europa um knapp 8 Millionen Tonnen gesenkt.

Wegbereiter für die Kreislaufführung anderer Werkstoffe

Stahl ermöglicht zudem, die Wertstoffkreisläufe anderer Materialien wie Glas, Papier, Kunststoffe, etc. zu schließen, denn der gesamte Prozess, von der Sammlung, Sortierung, Zerkleinerung bis hin zur Aufbereitung ist auch dort stahlbasiert bzw. stahlintensiv. Seine unbegrenzte Rezyklierbarkeit, Robustheit und Langlebigkeit sowie seine Bearbeitbarkeit machen den Stahl zum Enabler der Kreislaufwirtschaft.

Weiterführende Informationen:

- Stahl-Kreisläufe. Studie des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS), im Auftrag der WV Stahl

Ansprechpartner:

Arnd Finke

☎ +49 211 6707-860

✉ arnd.finke@wvstahl.de

Interview mit Dr. Frank Pothen

Herr Dr. Pothen, in der Studie wird der Begriff „stahlintensiv“ bzw. „Stahlintensität“ verwendet. Wie ist das zu verstehen?

Stahlprodukte findet man in Maschinen, Gebäuden oder der Infrastruktur. Sie werden inzwischen in immer komplexeren internationalen Wertschöpfungsketten dazu genutzt, wiederum Güter herzustellen, die oft selbst keinen Stahl enthalten: Eine Tomate enthält z. B. keinen Stahl, aber das Gewächshaus, in dem sie gezüchtet wurde. Die Bedeutung von Stahl für den Alltag ist also nicht immer auf den ersten Blick sichtbar. Der Werkstoff begegnet uns direkt wie indirekt und ist nahezu unverzichtbar. In der vorgelegten Studie wurde deshalb der Indikator „Stahlintensität des Konsums“ eingeführt. Beispielsweise bestehen 36 Prozent der Konsumgüter wie Nahrungsmittel, Versicherungen oder Bücher nicht aus Stahl. Dennoch weisen sie eine gewisse Stahlintensität auf.

Somit wird der Stahleinsatz quantifiziert, der zur Deckung privaten Konsums erforderlich ist. Nennen Sie uns doch ein paar Zahlen.

Mehr als die Hälfte der Stahlintensität des Konsums ist mit der Mobilität sowie dem Wohnen verbunden. Für die Fertigung eines Automobils werden durchschnittlich entlang der Wertschöpfungskette rund 1.605 kg Stahl erzeugt. Auch für Produkte, die Stahl selbst nicht enthalten, gibt es Beispiele: So wurden zwischen 1995 und 2015 pro Jahr 8,3 kg Stahl in der Produktion der Nahrungsmittel und 1,8 kg Stahl für die Körperpflege des Durchschnittsbürgers eingesetzt.

Wie hängen Stahlrecycling und Konsum zusammen?

Stahl ermöglicht das Schließen von Wertstoffkreisläufen und ist aufgrund seiner Eigenschaften hervorragend für die Refabrikation geeignet. Stahl ist darüber hinaus multirecyclingfähig, kann also beliebig oft wiederverwendet werden – und das ohne Qualitätsverluste. Infolgedessen ist Stahl also ein sehr nachhaltiger Werkstoff. Wie aufgezeigt, spielt Stahl nicht nur in der industriellen Anwendung, sondern auch beim privaten Konsum eine wichtige Rolle. Stahl trägt somit zur Nachhaltigkeit des Konsums bei.



© Dr. Frank Pothen / Raffler Photographie, Mannheim

Dr. Frank Pothen,
Fraunhofer-Institut für
Mikrostruktur von Werkstoffen
und Systemen (IMWS)

Umfassende Förderung ist unverzichtbar

Die Politik hat der Stahlindustrie das Ziel gesetzt, bis 2050 möglichst klimaneutral zu produzieren. Dabei haben die Stahlunternehmen ihre CO₂-Emissionen in den vergangenen Jahren bereits deutlich vermindert. Weitere starke Emissions-senkungen bedürfen der Umstellung der Stahlerzeugung auf CO₂-arme Produktionsverfahren, die mit fundamentalen Ver-änderungen durch sogenannte Breakthrough-Technologien einhergehen. Deren Entwicklung und Umsetzung sind zeitauf-wendig und mit extrem hohen Kosten verbunden – in Größen-ordnungen, wie sie bisher nicht aufgetreten sind. Die Stahl-industrie erwartet deshalb von der Politik, dass Forschung, Entwicklung und Einführung dieser neuen Verfahren im indus-triellen Maßstab mit Blick auf eine langfristig CO₂-arme Stahl-produktion umfassend und tiefgreifend gefördert werden.

Die Forschungsförderung soll für alle Unternehmensgrößen und -formen ausgebaut werden und neben der Grundlagen-forschung die anwendungsnahe Forschung gefördert werden. Insbesondere für den wichtigsten Aspekt der Förderung, Forschung und Entwicklung CO₂-armer Produktionsverfah-ren, kommen sowohl europäische als auch nationale Instru-mente infrage.

Europäische Aktivitäten

Innerhalb des europäischen Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“ werden diverse Förderinstrumente erör-tert. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hat zur Konsultation der EU-Kommission zu "Horizon Europe Co-Design für 2021 bis 2024" im September 2019 eine Stellungnahme eingereicht. Für die Dekarbonisierung der Stahlindustrie sind insbeson-dere zwei privat-öffentliche Partnerschaften (PPP) von Inter-esse: Die Weiterführung der PPP SPIRE (aktueller Arbeitstitel: Circular and Climate Neutral Industry) hat das Ziel, die euro-päischen Prozessindustrien zu transformieren. Vorgabe ist, diese bis 2050 hinsichtlich Kreislaufwirtschaft sowie Klima-neutralität vorzubereiten und ihre Technologieführerschaft auf globaler Ebene zu stärken. Dieses PPP-Konzept ist sektor-übergreifend angelegt und befasst sich mit der Kreislaufwirt-schaft über einzelne Branchen hinweg.

Das PPP-Konzept zu "Clean Steel" befasst sich dagegen mit der Erforschung grundlegend CO₂-armer Stahlerzeugungs-technologien im industriellen Maßstab im Einklang mit der Dekarbonisierungsstrategie der EU für 2050.

Innerhalb des Innovationsfonds zum EU-Emissionshandel (ETS) hat die Kommission Anfang Juni 2019 die Stahlunter-nehmen zu einem Workshop eingeladen, um die strukturellen und

Allgemeiner Aufbau der Forschungs- und Innovationspolitik in der Stahlindustrie



prozeduralen Aspekte der Förderung zu besprechen. Die Unter-nehmen der Stahlindustrie haben dabei ihre Bedenken hinsicht-lich des Finanzierungsmodells geäußert. Dies sieht vor, dass lediglich 40 Prozent der Finanzmittel fest ausgezahlt werden, wohingegen die verbleibenden 60 Prozent an das Erreichen der versprochenen Emissionsminderungen gekoppelt sind.

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Inte-resse (Important Projects of Common European Interest – IPCEI) sollen dazu beitragen, dass Mitgliedstaaten vor allem große Projekte fördern, die das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung erhöhen sowie die Wettbewerbsfähig-keit Europas verbessern. Zu Beginn 2019 wurde der Erhalt bzw. die Unterstützung der Stahlindustrie als Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse identifiziert. Dies soll im „IPCEI on Low Carbon Industry“ umgesetzt werden. Die WV Stahl hat das Thema an das Bundesministerium für Wirt-schaft und Energie (BMWi) herangetragen und steht mit ihm im Austausch hierzu.

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen führte im Februar 2019 in Brüssel einen Workshop für Stakeholder zu den Herausforderungen der Stahlindustrie durch, an dem auch

Minister Andreas Pinkwart teilnahm. Darüber hinaus wurden Gespräche mit der EU-Kommission zu Förderinstrumenten für Forschung und Entwicklung bei der Umstellung auf CO₂-arme Produktionsverfahren geführt.

Nationale Bestrebungen

Das Umweltinnovationsprogramm im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) für die „Dekarbonisierung“ von Industrieprozessen wurde bei einem Kick-off-Meeting vorgestellt. Es dient als Überbrückung, bis die Richtlinie zum Förderprogramm „Dekarbonisierung der Industrie“ im Jahr 2020 in Kraft tritt. Beide Förderprogramme gehen in die richtige Richtung, sind allerdings vom Budget her nicht ausreichend, um den Herausforderungen der „Dekarbonisierung“ in der Stahlindustrie gerecht zu werden.

Aktuell erarbeitet das BMWi eine Leichtbaustrategie, die im Jahr 2020 ebenfalls mit Fördermitteln für Forschung und Innovation ausgestattet werden soll. In der Industriestrategie 2030 des BMWi wird „Leichtbau“ als eine „Game-Changer-Technologie“ bezeichnet. Das BMWi hat die Geschäftsstelle „Initiative Leichtbau“ eingerichtet und geht nun in die Strategieentwicklung für branchenübergreifenden Technologietransfer. Die

Initiative Leichtbau war auch Thema der Wirtschaftsministerkonferenz der Bundesländer und soll weiter erörtert werden.

Der Bundestag hat den Entwurf für ein Forschungszulagen-gesetz beschlossen. Demnach soll die Forschungszulage steuerfrei sein und für Unternehmen gelten, die Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung betreiben. Die Bemessungsgrundlage darf insgesamt zwei Millionen Euro je Wirtschaftsjahr und Unternehmen nicht überschreiten, wovon 25 Prozent steuerlich geltend gemacht werden können. Das bedeutet, dass die anspruchsberechtigten forschenden Unternehmen in einem Jahr bis zu 500.000 Euro als steuerfreie Einnahmen erhalten können. Positiv ist dabei im Besonderen, dass die steuerliche Forschungsförderung Unternehmen aller Größenordnungen zugänglich gemacht werden soll, ein schon lange von den Verbänden an die Politik herangetragenes Anliegen.

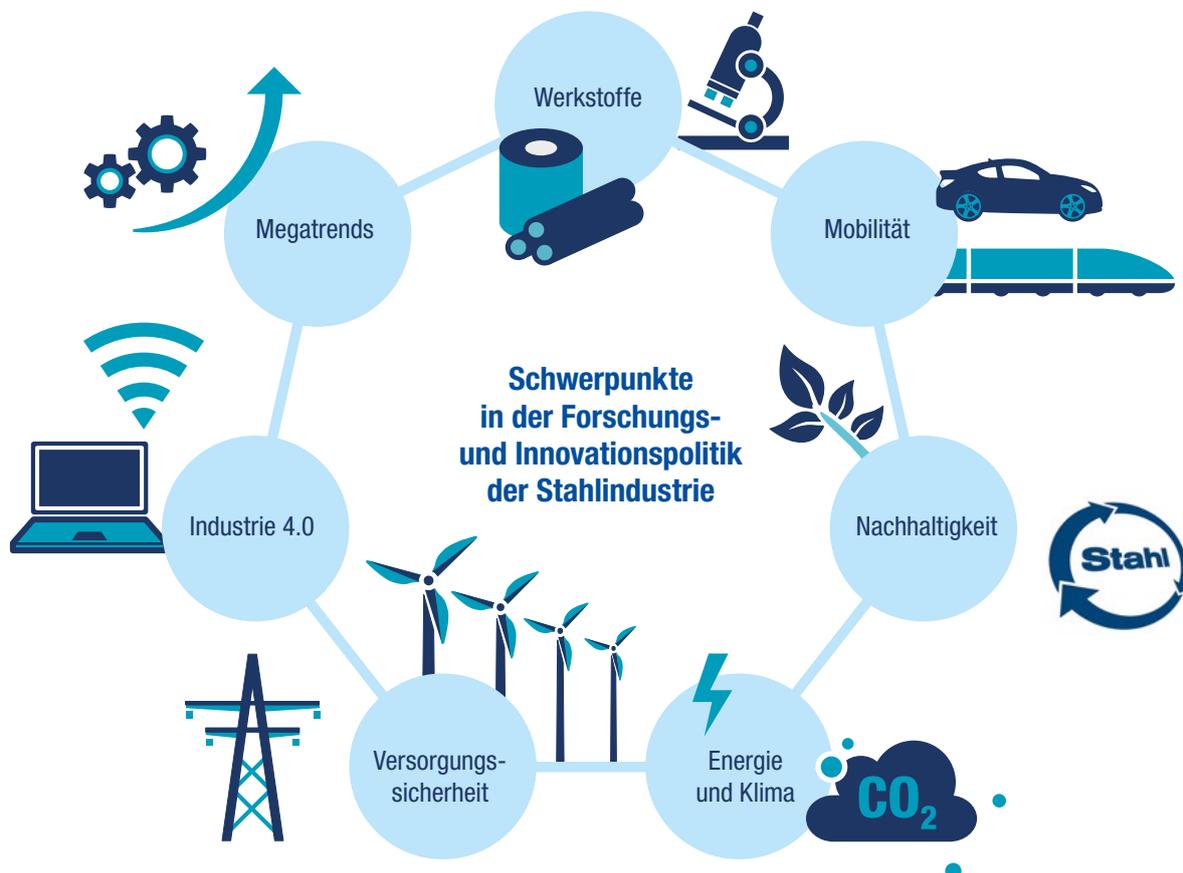
Ansprechpartner:

Henning W. Reichenbacher

☎ +49 30 2325546-30

✉ henning.reichenbacher@wvstahl.de

Welche Forschungsschwerpunkte gibt es in der Stahlindustrie?



Bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur gefordert

Mit großer Sorge sieht die Stahlindustrie, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland insgesamt in einem schlechten Zustand ist. Leistungsfähige und verlässlich verfügbare Verkehrswege stellen einen zentralen Standortfaktor für die Industrie dar. Der Politik ist es bislang nicht gelungen, die Folgen jahrelanger Vernachlässigung zu überwinden: Marode Straßen- und Eisenbahnbrücken, Tunnel und Schleusen sowie Kapazitätsengpässe im Straßen- und Schienennetz gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

45 Prozent der Brückenflächen für Fernstraßen des Bundes und 32 Prozent der Brückenflächen für Schienenstrecken erhalten schlechte Zustandsnoten. In diesem Bereich konnte die Situation bislang gerade einmal stabilisiert werden. Der bauliche Zustand der Wasserstraßen des Bundes ist noch wesentlich schlechter.

Es ist anzuerkennen, dass der Bund eine erhebliche Aufstockung seiner Investitionen in Verkehrswege plant, es ist aber eine weitere Erhöhung notwendig. Zum einen muss der Sanierungsstau bei allen Verkehrsträgern konsequent abgearbeitet werden. Ferner muss besonders das Schienennetz angesichts

der politisch erwünschten Verkehrsverlagerung forciert ausgebaut werden. Außerdem sind zusätzliche Planungskapazitäten und eine Beschleunigung der Planungsverfahren in Deutschland unverzichtbar: Übliche Realisierungszeiträume von Jahrzehnten für zentrale Verkehrsvorhaben sind mit den Bedürfnissen eines dynamischen Industriestandorts unvereinbar.

Stärkung des Einzelwagenverkehrs auf der Schiene

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl hat im September ein Positionspapier „Eisenbahnpolitik“ veröffentlicht. Sie fordert ein Bekenntnis der Politik zum Einzelwagenverkehr. In dieser Betriebsform kann der besonders nachhaltige Schienengüterverkehr auch von Industrieunternehmen genutzt werden, die für einen Empfänger keinen kompletten Zug, sondern nur wenige Güterwagen benötigen. Die Wagengruppen werden nach kurzer Strecke in einem Rangierbahnhof zu langen Zügen zusammengefasst, legen auf diese Weise dann den Großteil der Entfernung zurück und werden schließlich in der Zielregion getrennt und dem Empfänger zugestellt. Der Einzelwagenverkehr ist gerade für die Stahlindustrie in Deutschland von großer Bedeutung, steht jedoch unter starkem wirtschaftlichem Druck. Auch mit Blick auf die Klimaschutzziele

Bei einem Verkehrsaufkommen von rund
140 Millionen Tonnen
sind Bahn und Schifffahrt
für die Stahlindustrie
unverzichtbar.



im Verkehr ist es wichtig, den Einzelwagenverkehr kurzfristig durch ein Förderprogramm zu stabilisieren. Umso mehr ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung diese Forderung in ihr Klimaschutzprogramm aufgenommen hat.

Damit der Schienengüterverkehr insgesamt deutlich wachsen kann, muss sich die Politik zudem weitaus stärker für die technische Modernisierung und Automatisierung des Schienengüterverkehrs engagieren. Die gemeinsam im „Masterplan Schienengüterverkehr“ festgelegten Vorhaben müssen schnellstmöglich vorangetrieben werden, etwa die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung als Schlüsselinnovation. Als erster Schritt ist vordringlich, das gemeinsam von Politik und Gewerbe finanzierte Forschungsförderprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.

Ferner fordert die WV Stahl, den komplexen rechtlich-regulatorischen Rahmen des Schienengüterverkehrs zu modernisieren und Ineffizienzen zu beseitigen. Auch die Güterbahnen selbst müssen ihre internen Strukturen durchgängig effizient ausgestalten. Nur so kann der Schienengüterverkehr seine Potenziale für einen klimafreundlichen Warentransport auch nutzen.

Reduzierung bzw. Abschaffung der Nutzungsgebühren auf Schiene und Wasserstraße

Über viele Jahre hat die WV Stahl gefordert, die besonders nachhaltigen Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff kurzfristig durch eine Reduzierung der vergleichsweise hohen Nutzungsgebühren zu entlasten. Schließlich konnte die Bundesregierung überzeugt werden, die von der DB Netz AG in Rechnung gestellten Gebühren („Trassenpreise“) durch ein Förderprogramm für den Schienengüterverkehr rückwirkend ab dem 1. Juli 2018 stark zu reduzieren. Ferner konnte erreicht werden, dass die von Binnenschiffen zu entrichtenden Nutzungsgebühren auf kleineren und mittelgroßen Bundeswasserstraßen ersatzlos gestrichen wurden: Seit dem 1. Januar 2019 sind alle Binnenwasserstraßen abgabenfrei, zunächst mit Ausnahme der Mosel, die besonderen internationalen Verträgen

unterliegt. Beide Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehr. Die WV Stahl setzt sich weiter für eine Abschaffung der Gebühren auch auf der Mosel ein.

Weiterführende Informationen:

- Verkehrsinfrastruktur – Nachhaltiger Brückenbau mit Stahl. Publikation der WV Stahl, i. E.
- Positionspapier Eisenbahnpolitik, Positionen der Stahlindustrie bit.ly/Eisenbahnpolitik-WV-Stahl
- Gleisanschluss-Charta bit.ly/Gleisanschluss-Charta19

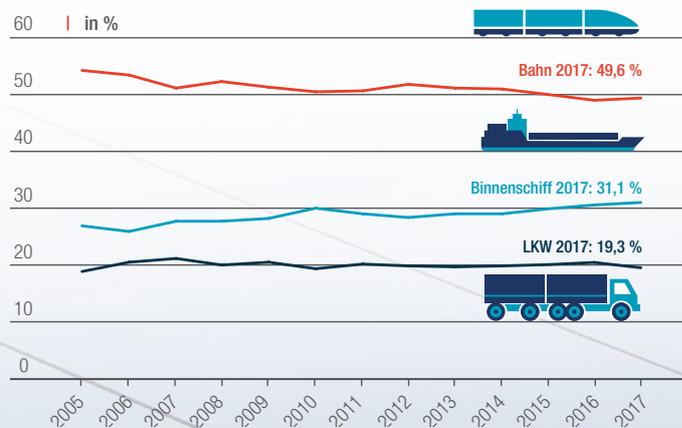
Ansprechpartner:

Achim Beerheide

☎ +49 211 6707-876

✉ achim.beerheide@wvstahl.de

Transportstruktur in der Stahlindustrie



EU-Beihilferecht

Eine Gratwanderung der Politik und Industrie

Am 28. März 2019 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) entschieden, dass die deutsche Umlage im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2012 keine staatliche Beihilfe darstellt. Die Europäische Kommission hatte die damit erwirtschafteten Gelder zu Unrecht als rechtswidrige staatliche Beihilfe angesehen. Mit dem auch durch die Wirtschaftsvereinigung Stahl erstrittenen Urteil erklärte der EuGH diesen Beschluss der Kommission nun für nichtig.

Bei Staatlichen Beihilfen handelt es sich um Subventionen, die ein Mitgliedstaat der EU einzelnen Unternehmen bzw. Wirtschaftszweigen insbesondere in Form von direkten finanziellen Zuwendungen, verbilligten Darlehen oder Steuervergünstigungen ohne Gegenleistung gewährt. Um einen fairen Wettbewerb zu sichern, haben sich die EU-Mitgliedstaaten Regeln gegeben. Darin sind die Voraussetzungen für die Zulässigkeit solcher Beihilfen festgelegt. Außerdem ist eine Prüfung der jeweiligen Beihilfe und deren Genehmigung durch die EU-Kommission vorgesehen. Zu einer, nach der Prüfung, unzulässigen Beihilfe zählte die EU-Kommission die deutsche EEG-Umlage 2012.

Nachdem eine Vielzahl beihilferechtlicher Vorschriften zuletzt in den Jahren von 2012 bis 2014 umfassend überarbeitet wurde, gab die EU-Kommission im Januar 2019 die Verlängerung von sieben beihilferechtlichen Leitlinien und Verordnungen um zwei Jahre, bis Ende 2022, bekannt. Gleichzeitig kündigte sie eine umfassende Evaluierung der Beihilfevorschriften, u. a. der Beihilfeleitlinien zum CO₂-Emissionsrechtehandel, an. Die Evaluierung soll zu der Entscheidung beitragen, ob die Beihilfeinstrumente weiter – über das Jahr 2022 hinaus – verlängert oder aktualisiert werden.

Anpassungsbedarf besteht bei den Beihilferegelungen, die im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung stehen.

Der EU-Beihilferahmen hat fundamentale Bedeutung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie im internationalen und europäischen Markt und für das Erreichen eines Level Playing Field. So umfasst die Leitlinie für Umwelt- und Energiebeihilfen (kurz EEAG-Leitlinie) Möglichkeiten zu Ermäßigungen oder Befreiungen bei Umweltsteuern und finanzielle Beiträge zur Förderung der erneuerbaren Energien, die zwingend zu erhalten sind.

Aufgrund der Transformationsphase der Stahlindustrie hin zu einer CO₂-armen Stahlerzeugung und angesichts eines Carbon Leakages (Verlagerung von CO₂ Emissionen in andere Länder) sollte die EEAG-Leitlinie sogar noch ausgeweitet werden. In der gegenwärtigen Diskussion um die Weiterführung des Spitzenausgleichs oder dessen Alternativen nach dem Jahr 2020 muss stets im Blick bleiben, dass für die Stahlindustrie hieraus keine weiteren Belastungen erwachsen dürfen und die gegenwärtigen Entlastungen bestehen bleiben. Die WV Stahl wird sich dafür einsetzen.

Ansprechpartnerin:

Jennifer Schneider

☎ +49 30 2325546-20

✉ jennifer.schneider@wvstahl.de





Fachkräfte in Zeiten zunehmender Digitalisierung

Qualifikation und Weiterbildung spielen für die Stahlindustrie in Deutschland seit jeher eine wichtige Rolle. Die Anforderungen an die eigenen Mitarbeiter sind hoch und nehmen durch die zunehmende Digitalisierung der Prozesse weiter zu. Angesichts des demografischen Wandels und des wachsenden Fachkräftebedarfs kommt der Bildungspolitik eine zentrale Rolle zu.

Geeignete politische Rahmenbedingungen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sind eine wesentliche Voraussetzung für eine demografiefeste Fachkräftesicherung. Die Stahlindustrie ist ein beschäftigungsintensiver Industriezweig. Sie ist in besonderem Maße auf ein adäquates Angebot an Arbeitskräften über die verschiedenen Qualifikationsstufen hinweg angewiesen. Hierfür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Dies betrifft sowohl die Ausstattung von Schulen als auch Neuordnungen von Ausbildungsberufen und qualifikationsorientierte Weiterbildungsmöglichkeiten. Es reicht bis hin zu einer bedarfsgerechten Ausrichtung von metallurgie- und werkstoffbezogenen Studiengängen, die es zu begleiten und mitzugestalten gilt.

Projekt zur Kompetenz in der Stahlindustrie gestartet

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl beteiligt sich beispielsweise im Rahmen des Europäischen Bildungsprogramms ERASMUS+ an einem Forschungsprojekt für eine Strategie zur Vermittlung der zukünftig benötigten Kompetenzen in der Stahlindustrie. Das Projekt ESSA – Industry-driven sustainable European Steel Skills Agenda and Strategy – verbindet ein Konsortium aus 24 Partnern unter der Leitung der TU Dort-

mund. In den nächsten vier Jahren wird eine proaktive Anpassung der Kompetenzen erarbeitet, es werden neue Schulungs- und Lehrplananforderungen entwickelt und politische Unterstützungsmaßnahmen identifiziert. Zielsetzung ist es, die Attraktivität der Stahlindustrie zu erhöhen und die Karriere-möglichkeiten für Talente herauszustellen.

Workshop „Qualifizierung 4.0“

Im Rahmen des nordrhein-westfälischen Stahlgipfels 2018 wurde ein Workshop zur Qualifizierung und Erweiterung der Kompetenzen vereinbart, um der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit in der Stahlindustrie Rechnung zu tragen. Vertreter aus Landesregierung, IG Metall, verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Sozialforschung sowie aus Unternehmen trafen sich. Sie diskutierten den aktuellen Stand der Digitalisierung in der beruflichen Bildung und die zunehmenden Herausforderungen bei der Qualifizierung der Belegschaft. Hierbei wurden verschiedene Handlungsfelder zur Fachkräftesicherung identifiziert – wie ein flächendeckendes schnelles Internet, bessere Berufsinformation und eine höhere Mobilität der Auszubildenden. Neben zunehmend flexibleren Lernmethoden bedarf es damit einhergehend auch modular aufgebauter Abschlüsse. Zu beachten ist, dass der digitale Wandel in der Stahlindustrie mit dem demografischen Wandel einhergeht.

Ansprechpartner:

Thorsten Thörner

☎ +49 211 6707-870

✉ thorsten.thoerner@wvstahl.de

Stahl

Highlights 2018 | 2019

13.06.2018

Berliner Stahldialog mit Stahl-Innovationspreis 2018:

Im Juni 2018 waren rund 400 Teilnehmer in die Hauptstadt gereist, um zu erleben, welche innovativen Produkte und Lösungen aus Stahl es gibt, und den Berliner Stahldialog zu verfolgen.



Dirk Heckmann

30.11.2018

Besuch aus der Politik: NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart und Signe Ratto, stellvertretende Generaldirektorin für Forschung und Entwicklung der EU-Kommission, waren bei der WV Stahl und den Forschungsinstituten MPIE und BFI in Düsseldorf zu Gast. Dabei wurde auch ein „Research and Development Workshop Steel“ verabredet, der im Februar 2019 in Brüssel stattfand.



Wilfried Meyer



Wilfried Meyer



Wilfried Meyer



Peter Kerkrath

22.10.2018

Erster Nationaler Stahlgipfel: Über 2.000 Gäste nahmen an diesem Gipfeltreffen unter dem Motto "Stahl stärken. Zukunft sichern." in Saarbrücken teil. Zahlreiche Politiker und Vertreter der Stahlindustrie waren gekommen, darunter Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Veranstalter war die Wirtschaftsministerkonferenz in Partnerschaft mit der WV Stahl, der IG Metall und dem Verband der Saarlütten.

Weitere Informationen sind online zu finden unter:

 bit.ly/Stahlgipfel18

 www.youtube.com/user/stahlonline



artfazz/stock.adobe.com

Frühjahr 2019

Countdown zu den Europawahlen:

- › Die neue Broschüre „Wirtschaftsvereinigung Stahl – Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland“ zeigt die politischen Schwerpunktthemen und Aktivitäten der WV Stahl auf.
- › #FlaggezeigenfürEuropa: In einem Video äußert sich dazu Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der WV Stahl, unter diesem Hashtag auf YouTube. 
- › POLITIK-KOMPASS: Unter stahl-blog.de veröffentlicht die WV Stahl einen vierteiligen Wegweiser zur Europawahl und gibt eine Broschüre dazu heraus.

B bit.ly/Politik-Kompass19

 bit.ly/Stahl-Europawahl19

- › 26.5.2019: Anlässlich der Europawahl wird ein gemeinsamer Brief der WV Stahl mit der IG Metall und ein Informationsfaltblatt veröffentlicht.



Dirk Heckmann

15.05.2019

Berliner Stahldialog: Nur wenige Tage vor den Europawahlen befasste sich der Berliner Stahldialog 2019 mit der Bedeutung der Stahlindustrie für die EU und einer industriepolitischen Perspektive.

Mehr Informationen und eine Bildergalerie sowie Videos zur Veranstaltung finden Sie unter:

 bit.ly/Stahldialog19

 www.youtube.com/user/stahlonline



Willi Nothers / EUROFORUM

20.03.2019

Handelsblatt-Jahrestagung „Zukunft Stahl“: In seiner Keynote unterstrich Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, wie wichtig ein Level Playing Field und geeignete Rahmenbedingungen für die Stahlindustrie in Deutschland und Europa seien.

Juni 2019

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl beteiligt sich intensiv an den Diskussionen rund um den Klimaschutz, u. a. mit einer Publikation zu „**Perspektiven der Stahlproduktion in einer treibhausgasneutralen Wirtschaft**“.



Weitere Informationen finden Sie online unter:

 bit.ly/Stahl-klimateutral



Vor rund 250 Zuhörern diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft beim Berliner Stahldialog.

Berliner Stahldialog

Industriepolitische Perspektive für Europa

Nur wenige Tage vor der richtungsweisenden Europawahl lud die Wirtschaftsvereinigung Stahl am 15. Mai 2019 zum Berliner Stahldialog ein. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft diskutierten über die Chancen und Herausforderungen der Stahlindustrie am Standort Deutschland und Europa.

Bereits beim Einlass wurde deutlich, dass das jährlich stattfindende Branchenevent auf großes Interesse stieß: Der Veranstaltungsort, das Atrium der Deutschen Bank, füllte sich schnell. Vor rund 250 Gästen eröffnete Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, den Abend.

Kerkhoff betonte die Notwendigkeit einer industriepolitischen Perspektive für die EU: „Die Stahlindustrie kann die enormen Herausforderungen, wie den zunehmenden Protektionismus weltweit und die Transformation in eine CO₂-arme Wirtschaft, nur in einem starken Europa bewältigen. Dazu braucht es die Begleitung durch eine kluge Wirtschafts- und Industriepolitik.“

Stahl – Ein innovativer Werkstoff für klimafreundliche Produkte

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, sprach sich in seiner Rede für eine starke Stahlindustrie am Standort Deutschland aus: „Stahl ist längst ein Hightech-Produkt und als Werkstoff Grundlage vieler klimafreundlicher Produkte. Stahl war, ist und bleibt damit ein Fundament unserer Industrie.“ Damit die Branche auch weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen kann, benötigen die Unternehmen aber bezahlbaren und jederzeit verfügbaren Strom, so Laschet.

Aus Sicht von Bundesumweltministerin Svenja Schulze ist Klimaschutz ein Innovationstreiber. Weltweit würden dafür neue Technologien benötigt, die nur in Zusammenarbeit mit einer innovativen Stahlindustrie entwickelt werden könnten: „Ohne Stahl kann kein Windpark gebaut werden, dreht sich keine Turbine in einem Wasserkraftwerk und fahren keine Elektroautos.“

In ihrem Vortrag stellte die Bundesumweltministerin die Verantwortung aller Sektoren für mehr Klimaschutz in den Mittelpunkt, hob jedoch auch die bisherigen Bemühungen der Stahlindustrie hervor: „Die Stahlindustrie in Deutschland hat bereits einen großen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Für das Ziel einer klimaneutralen Stahlproduktion braucht es innovative Verfahren.“ Um dies zu unterstützen, werde derzeit im Bundesumweltministerium ein Förderprogramm zur Dekarbonisierung der Industrie erarbeitet.

Belastungen für die Industrie nehmen zu

Anschließend fand eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Industrie statt. Bei allen Beteiligten bestand Konsens darüber, dass die Branche derzeit viele Herausforderungen zu bewältigen hat.

Frank Schulz, Vorsitzender der Geschäftsführung ArcelorMittal Germany Holding, machte in der Diskussion deutlich, dass die Geschwindigkeit bei der Transformation der Grundstoffindustrien maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen abhängt. Der EU-Abgeordnete Jo Leinen, SPD, stimmte diesem Punkt zu. Seiner Meinung nach würden die Rahmenbedingungen für die Transformation der Grundstoffindustrien aktuell nicht ausreichen: „Wettbewerbs-, Beihilfe- und Steuerrecht müssen den Klimaschutz flankieren.“

Aus Sicht des Unternehmensvertreters nehmen die Belastungen für die Industrie weiterhin an vielen Stellen zu: „Die Belastungen durch den Emissionsrechtehandel sind für die Stahlunternehmen hoch“, erklärte Schulz weiter. Michael Theurer, Mitglied des Bundestags (MdB), FDP, sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Einbeziehung anderer Sektoren in den EU-Emissionsrechtehandel aus: „Die Klimaschutzziele werden in erster Linie in anderen Sektoren verfehlt, nicht aber in der Industrie.“

Elmar Brok, Mitglied des europäischen Parlaments (MdEP), CDU, ging noch einen Schritt weiter. Er ist der Meinung, klimafreundliches Verhalten müsse steuerlich belohnt werden. Dies würde Innovationen fördern. Aus Sicht von Kerstin Andreae, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, hingegen brauchen Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, mit Blick auf die Konkurrenz im Ausland, die zu ökologisch schlechteren Bedingungen produziert, einen Ausgleich.

Tim Hartmann, Vorsitzender der Vorstände der AG der Dillinger Hüttenwerke und der Saarstahl AG, warnte, dass auf der einen Seite die Belastungen für die Unternehmen zunehmen und auf der anderen Seite die Konjunktur nachlasse. Grund dafür seien der zunehmende Protektionismus weltweit und der Handelskonflikt mit den USA. Die EU-Safeguard-Maßnahmen, die die Stahlindustrie in Europa vor Handelsumlenkungen aufgrund der US-Zollpolitik schützen, müssten deswegen den konjunkturellen Gegebenheiten angepasst werden.

Es wurde deutlich, dass Politik und Industrie gewillt sind, bei der Transformation der Grundstoffindustrien zusammenzuarbeiten. Es ist nun an der Politik, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Stahlunternehmen weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Weiterführende Informationen:

- Highlights und Interviews vom Berliner Stahldialog 2019 unter www.youtube.com/user/stahlonline



Berliner Stahldialog 2019: Auf dem Podium (v.l.n.r.): Michael Theurer (MdB, FDP), Frank Schulz (CEO, ArcelorMittal Germany), Jo Leinen (MdEP, SPD), Tim Hartmann (CEO, Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl), Elmar Brok (MdEP, CDU), Kerstin Andreae (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Anja Heyde (Moderatorin).

Kommunikation auf allen Kanälen



Die Wirtschaftsvereinigung Stahl folgt dem Grundsatz einer transparenten und fairen Interessenvermittlung. Sie informiert Politik und Öffentlichkeit über zentrale politische Positionen gleichermaßen. Neben der politischen Interessenvertretung und der klassischen Pressearbeit nutzt der Verband weitere Kanäle, um die Positionen der Stahlindustrie zu verteilen:

Für die Mitgliederkommunikation wählt die WV Stahl das Medium des Newsletters. Dieser wird monatlich per E-Mail verschickt und informiert über die Themenschwerpunkte und die Arbeit des Verbandes.

Publikationen sind gleichermaßen für Politik und Öffentlichkeit bestimmt und führen die wichtigsten Positionen und Fakten der Branche auf. Zudem wird die Kommunikation rund um die Leistungsfähigkeit moderner Stähle und die Vielfalt ihrer Anwendungen als wichtig erachtet. Die Werkstoff- und Anwendungskommunikation erfolgt in Form von technischen

Broschüren und Veranstaltungen (z. B. dem Internationalen Architekturkongress 2020). Sie ist ein Baustein für die Wahrnehmung der Stahlindustrie über die Branche hinaus.

Auf den Social-Media-Kanälen der WV Stahl werden bereits vorhandene sowie neu gestaltete Inhalte onlinetauglich aufbereitet und an die breite Öffentlichkeit verteilt. Im Zeitalter der Digitalisierung spielt die öffentliche Meinung eine zentrale Rolle. Sie beeinflusst, insbesondere in Form von NGOs, die Ausgestaltung der Politik in großem Maße (Beispiel: Fridays For Future-Bewegung). Umso wichtiger ist es für den Verband, auch hier präsent und offen für den Dialog zu sein.

Ansprechpartner:

Marvin Bender

☎ +49 30 2325546-50

✉ marvin.bender@wvstahl.de

Alle Broschüren zum Nachlesen:

> bit.ly/Publikationen-Stahl

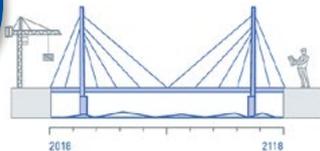


Stahl trägt uns alle

Die Stahlindustrie in Deutschland ist der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft: Mit innovativen Stählen werden Autos leichter, die Energieversorgung sicherer oder Infrastrukturen langlebiger. Die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Werkstoffs in der „Stahlstadt“ beweisen: Stahl trägt uns alle.

STAHL TRÄGT DIE ENERGIEVERSORGUNG

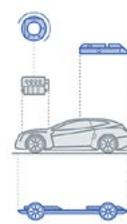
Ohne Energie kein Stahl - und ohne Stahl keine Energie. Egal, ob Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen oder Erneuerbare Energien: Der Werkstoff Stahl sorgt dafür, dass der Kühlschrank kühlt und unser Smartphone lädt. Für den Weg in eine nachhaltige Zukunft der Energieversorgung bietet Stahl schon heute das Fundament: Die knapp 29.000 Windkraftanlagen in Deutschland bestehen zu 80 Prozent aus dem Werkstoff. Träger für Sonnenkollektoren oder Turbinen in Wasser- und Wellenkraftwerken sind ohne Stahl nicht denkbar.



STAHL TRÄGT DIE INFRASTRUKTUR

Dank Stahl lassen sich beeindruckende und funktionale Brückenbauwerke realisieren. Und auch in Sachen Nachhaltigkeit überzeugt der Werkstoff: Rund 100 Jahre kommen leuerverzinkte Stahlbrücken fast ohne Wartung und Instandhaltung aus. Zudem ist die Bauzeit vergleichsweise gering. Das verringert Staus und schon gleichzeitig Nerven.

STAHL TRÄGT DIE MOBILITÄT



Egal ob zu Land, Luft oder Wasser: Stahl sorgt seit jeher dafür, dass Menschen sicher von Ort zu Ort reisen können. Und das, dank hochfesten Stählen, immer leichter. Auch in Zukunft spielt Stahl bei der Fortbewegung eine zentrale Rolle: So findet er auch seinen Platz in der Elektromobilität - z. B. als Elektrobleche in den Antriebsmotoren oder als hochfeste Stähle für den Schutz der Batterien.

STAHLPRODUKTION IN DEUTSCHLAND

Die Stahlindustrie in Deutschland produziert jährlich rund 42 Millionen Tonnen Rohstahl und steht damit auf Platz 1 in Europa. Doch nicht die Menge ist entscheidend. Die Branche nutzt die weltweit effizientesten Anlagen und setzt alles daran, dass sie in Zukunft noch nachhaltiger produzieren kann. Auch bei der Ökobilanz macht dem Werkstoff so schnell keiner etwas vor. Pro Jahr werden rund 22 Millionen Tonnen Stahl recycelt. Außerdem versorgt sich die Stahlindustrie zu großen Teilen mit selbst erzeugtem Strom: Die effiziente Eigenstromerzeugung erfolgt z. B. durch im Produktionsprozess anfallende Gase. Sie deckt rund die Hälfte des Gesamtstromverbrauchs der Stahlindustrie in Deutschland ab.



Rund 3 Mio. 4-Personen-Haushalte können durch die Eigenstromerzeugung der Stahlindustrie (12,3 TWh) umgerechnet 1 Jahr mit Strom versorgt werden.



4 Mio. Jobs in stahlintensiven Branchen

STAHL TRÄGT DIE WIRTSCHAFT

Deutschland ist Stahlland. Rund 4 Millionen Menschen arbeiten hier in stahlintensiven Branchen, 86.000 für die Stahlindustrie direkt. Zahlreiche Produkte „Made in Germany“ bauen auf die Qualität des Stahls aus Deutschland: Fahrzeuge, Krane, Waschmaschinen - langfristige Partnerschaften zwischen Stahlunternehmen und Global Playern sorgen für immer neue Innovationen - beim Werkstoff selbst und bei Produkten. Zudem treiben die Stahlunternehmen in Deutschland die Digitalisierung voran und sorgen nicht zuletzt dadurch für wesentliche Impulse bei ihren Kunden und Lieferanten - Stahl 4.0 eben.

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 84.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Zentrales Anliegen der Organisation ist es, die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunft so mitzugestalten, dass am Standort Deutschland Stahl nachhaltig und wettbewerbsfähig produziert werden kann.

Kernauftrag der WV Stahl ist die politische Interessenvertretung. Voraussetzung dafür ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs zu branchenrelevanten Themen: Einbindung in Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung der Industrie als Technologiegeber sind dabei zentrale Elemente. Für eine zielgerichtete Interessenvertretung ist der Verband in Berlin, Brüssel und Düsseldorf vertreten.



Erfahren Sie hier mehr über die WV Stahl und ihre Aufgaben:

➤ **Online lesen:** bit.ly/Stimme-Stahl

Sie haben Fragen zu politischen Themen rund um die Stahlindustrie in Deutschland?

Dann kontaktieren Sie uns gerne!

Wirtschaftsvereinigung Stahl – Düsseldorf

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
Telefon: +49 211 6707-0
E-Mail: info@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl – Berlin

Französische Straße 8
10117 Berlin
Telefon: +49 30 232 5546-0

Wirtschaftsvereinigung Stahl – Brüssel

Avenue des Arts 56
1000 Brüssel
Telefon: +32 2-8011387

Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident

Dr. Martin Theuringer

Geschäftsführer,
Leiter Wirtschaft

Roderik Hömann

Leiter Hauptstadtbüro

Marvin Bender

Pressesprecher

Sie finden uns im Web:



Mitglieder

der Wirtschaftsvereinigung Stahl

AG der Dillinger Hüttenwerke

66763 Dillingen
www.dillinger.de

ArcelorMittal Bremen GmbH

28237 Bremen
www.arcelor-bremen.com

ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH

15890 Eisenhüttenstadt
www.arcelormittal-eisenhuettenstadt.com

ArcelorMittal Hamburg GmbH

21129 Hamburg
www.arcelormittal.com

ArcelorMittal Duisburg GmbH

47137 Duisburg
www.arcelormittal.com

ArcelorMittal S.A.

L 2930 Luxembourg
www.arcelormittal.com

B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH

14770 Brandenburg
www.rivastahl.com/de/standorte/bes

Benteler Steel / Tube GmbH

33104 Paderborn
www.benteler.de

BGH Edelstahl Freital GmbH

01705 Freital
www.bgh.de

BGH Edelstahl Lugau GmbH

09385 Lugau
www.bgh.de

BGH Edelstahl Siegen GmbH

57076 Siegen
www.bgh.de

Bochumer Verein Verkehrstechnik GmbH

44793 Bochum
www.bochumer-verein.de

Böllinghaus Steel GmbH

40723 Hilden
www.boellinghaus.de

Chr. Höver & Sohn GmbH & Co. KG

51789 Lindlar
www.leppe-edelstahl.com

Deutsche Edelstahlwerke Specialty Steel GmbH & Co. KG

58452 Witten
www.dew-stahl.com

DK Recycling u. Roheisen GmbH

47053 Duisburg
www.dk-duisburg.de

ERAMET Alloys GmbH

41189 Mönchengladbach
www.erasteel.de

ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH

01591 Riesa
www.feralpi.de

EZM Edelstahlzieherei Mark GmbH

58300 Wetter
www.ezm-mark.de

Friedrich Lohmann GmbH

58456 Witten
www.lohmann-stahl.de

Georgsmarienhütte GmbH

49124 Georgsmarienhütte
www.georgsmarienhuetten-gmbh.de

H.E.S. Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH

RIVA Stahl GmbH
16761 Hennigsdorf
www.rivastahl.com/de/standorte/hes

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH

47259 Duisburg
www.hkm.de

Ilsenburger Grobblech GmbH

38871 Ilseburg
www.ilsenburger-grobblech.de

Karl Diederichs KG

42899 Remscheid
www.dirostahl.de

Mannstaedt GmbH

53840 Troisdorf
www.mannstaedt.de

Max Aicher GmbH & Co.KG

83395 Freilassing
www.max-aicher.de

Outokumpu Nirosta GmbH

47807 Krefeld
www.outokumpu.com

Peiner Träger GmbH

31226 Peine
www.peiner-traeger.de

**R. Kind GmbH
Werkstofftechnik und Bearbeitung**

51647 Gummersbach
www.r-kind.de

Rogesa Roheisengesellschaft Saar mbH

66749 Dillingen
www.rogesa.de

Saarstahl AG

66333 Völklingen
www.saarstahl.com

Salzgitter AG Stahl und Technologie

38239 Salzgitter
www.salzgitter-ag.de

Salzgitter Flachstahl GmbH

38239 Salzgitter
www.salzgitter-flachstahl.de/

Schmiedewerke Gröditz GmbH

01609 Gröditz
www.stahl-groeditz.de

Schmolz + Bickenbach Deutschland GmbH

40549 Düsseldorf
www.schmolz-bickenbach.com

SHS – Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA

66744 Dillingen
www.dillinger.de

Stahlwerk Bous GmbH

66359 Bous
www.stahlwerk-bous.de

Stahlwerk Thüringen GmbH

07333 Unterwellenborn
www.stahlwerk-thueringen.de

Swiss Steel AG

CH 6021 Emmenbrücke
www.swiss-steel.com

thyssenkrupp AG

45143 Essen
www.thyssenkrupp.com

thyssenkrupp Electrical Steel GmbH

45881 Gelsenkirchen
www.tkes.com

thyssenkrupp Hohenlimburg GmbH

58119 Hagen
www.hoesch-hohenlimburg.de

thyssenkrupp Rasselstein GmbH

56626 Andernach
www.thyssenkrupp-rasselstein.com

thyssenkrupp Steel Europe AG

47166 Duisburg
www.thyssenkrupp-steel-europe.com

VDM Metals GmbH

58791 Werdohl
www.vdm-metals.com

Walzen Irlé GmbH

57250 Netphen
www.walzenirle.com

Walzwerke Einsal GmbH

58769 Nachrodt-Wiblingwerde
www.walzwerke-einsal.de

Wickeder Westfalenstahl GmbH

58739 Wickede
www.wickeder-westfalenstahl.de

WW-K Warmwalzwerk Königswinter GmbH

53639 Königswinter
www.ww-k.net



**Wussten Sie schon, dass in den größten stahlintensiven Branchen
ca. vier Millionen Menschen beschäftigt sind?**

Diese und weitere Informationen finden Sie in unserer Broschüre
„Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland“.



Fakten zur **Stahlindustrie** in Deutschland

2019

Online
lesen unter:
[bit.ly/
Fakten-Stahl19](https://bit.ly/Fakten-Stahl19)



Wirtschaftsvereinigung
Stahl



Wirtschaftsvereinigung Stahl

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
Deutschland

Tel. +49 211 6707-0
info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

 www.stahl-blog.de

 www.facebook.com/stahlonline

 www.twitter.com/stahl_online

 www.youtube.com/stahlonline



Wirtschaftsvereinigung
Stahl